

Ore 10.01

Vorsitz Vizepräsident Messner
Presidenza del Vicepresidente Messner

PRÄSIDENT: Ich bitte die Frauen und Herren Abgeordneten Platz zu nehmen, damit wir mit den Arbeiten beginnen können. Ich bitte um den Namensaufruf.

WILLEIT: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Ich danke für den Namensaufruf. Die Sitzung ist hiermit eröffnet. Für die heutige Sitzung hat sich Präsident Leveggi entschuldigt und wir möchten ihm unsere Genesungswünsche überbringen. Weiters haben sich die Abg. Chiodi für den Vormittag, Feichter, Giovanazzi, Molinari, Perego und Tretter entschuldigt. Die Abg. Pürgstaller und Urzì kommen etwas später.

Wir kommen jetzt zur Verlesung des Protokolls. Ich ersuche um die Verlesung.

PAHL: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über. Wir sind bei der Behandlung des **Gesetzentwurfes Nr. 15: „Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3, zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen und zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 über die Gemeindeordnung“ (eingebracht vom Regionalausschuss).**

Wir sind bei Artikel 12, Abänderungsantrag Kury mit der Protokollnummer 3035/1. Zu diesem Änderungsantrag ist ein Abänderungsantrag eingereicht worden, der noch verteilt werden muss und deswegen gehen wir inzwischen mit den anderen Abänderungsanträgen weiter.

Abgeordneter Taverna, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

TAVERNA: Al fine di non ingenerare problemi di procedura, devo rettificare una mia precedente dichiarazione, relativamente agli emendamenti all'art. 12, perché signor Presidente alcuni di questi emendamenti sono necessari, al fine di consentire lo sviluppo logico di quanto concordato a partire dall'art. 7. Per cui all'art. 12 gli emendamenti ai commi 2, 3 e 4, contrassegnati con il prot. n. 3008/36, 3008/37, 3008/38, devono intendersi percorribili e quindi non sono ritirati, perché altrimenti cade l'accordo.

Quindi, signor Presidente, mantengo all'art. 12 gli emendamenti così come sono stati da me citati.

PRÄSIDENT: Ihre Abänderungsanträge zu Artikel 12 bleiben aufrecht und werden behandelt. Wir können diese Abänderungsanträge unabhängig von dem vom Abgeordneten Denicolò zum Abänderungsantrag Kury eingereichten Antrag trotzdem behandeln, weil wir diese Materie nicht vorwegnehmen.

Abänderungsantrag Prot. Nr. 3008/34 des Abgeordneten Taverna.

Absatz 01 des Artikels 12 ist aufgehoben.

Il comma 01 dell'articolo 12 è soppresso.

Bleibt dieser Antrag aufrecht, Kollege Taverna?

(interruzione)

PRÄSIDENT: Also nur 3008/36, 3008/37 und 3008/38 bleiben aufrecht? Gut, dann kommen wir jetzt zum Abänderungsantrag Prot. Nr. 3008/36.

Absatz 2 des Artikels 12 ist aufgehoben.

Il comma 2 dell'articolo 12 è soppresso.

Möchten Sie dazu das Wort ergreifen, Abgeordneter Taverna?

Möchte sonst jemand das Wort ergreifen? Nein, dann stimmen wir über diesen Abänderungsantrag ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge im Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Gegenstimmen? Niemand. Stimmenthaltungen? Niemand, somit ist dieser Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Nächster Abänderungsantrag wieder vom Abgeordneten Taverna, Prot. Nr. 3008/37.

Absatz 3 des Artikels 12 ist aufgehoben.

Il comma 3 dell'articolo 12 è soppresso.

Möchte jemand dazu das Wort ergreifen? Niemand, dann stimmen wir ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Keine, somit ist dieser Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Abänderungsantrag vom Abgeordneten Taverna mit der Prot. Nr. 3008/38.

Absatz 4 des Artikels 12 ist aufgehoben.

Il comma 4 dell'articolo 12 è soppresso.

Möchte jemand dazu das Wort ergreifen? Niemand, dann stimmen wir ab. Wer mit dem Abänderungsantrag des Abgeordneten Taverna einverstanden ist, möge die Hand erheben. Gegenstimmen? Niemand. Stimmenthaltungen? Niemand. Somit ist auch dieser Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Abänderungsantrag der Präsidentin Cogo mit der Prot. Nr. 3001/2.

Änderungsantrag zum Art. 12

1. Vor dem Absatz 01 wird der nachstehende Absatz eingefügt:

„(001) Im Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c) des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden die Worte „beglaubigt sein muss. Für die Beglaubigung der Unterschriften sind auch die Friedensrichter und die

Sekretäre der Gerichtsämter zuständig.“ durch die Worte „mit seinen späteren Änderungen beglaubigt sein muss.“ ersetzt.“

2. Nach dem Absatz 2 wird der nachstehende Absatz eingefügt:

„(2-bis) Im Artikel 21 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden die Worte „angeführten Personen bzw. von den Friedensrichtern oder den Sekretären der Gerichtsämter beglaubigt werden.“ durch die Worte „mit seinen späteren Änderungen angeführten Personen beglaubigt werden.“ ersetzt.“

Der Absatz 3 entfällt.

Kollege Willeit, ich bitte um die Verlesung.

WILLEIT: Emendamento all'art. 12, prot. n. 3001/2:

1. Prima del comma 01 è inserito il seguente comma:

“001. Nella lettera c) del comma 1 dell'articolo 21 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, il periodo “. Sono competenti ad eseguire le autenticazioni delle firme anche i giudici di pace ed i segretari giudiziari.” È sostituito dalle parole “e successive modificazioni.”

2. Dopo il comma 2 è inserito il seguente comma:

“2 bis. Nel comma 3 dell'articolo 21 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, le parole “o dai giudici di pace o dai segretari giudiziari” sono sostituite dalle parole “e successive modificazioni”.

PRÄSIDENT: Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen? Dann stimmen wir darüber ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Bei 3 Stimmenthaltungen ist der Abänderungsantrag angenommen.

Jetzt kommen wir zurück zum Abänderungsantrag Kury und zum Abänderungsantrag Denicolò mit der Prot. Nr. 3216.

Änderungsantrag zum Änderungsantrag Prot. 3083, Artikel 12 neuer Absatz 001.

Der auf die Worte „abgegeben haben“ folgende Satz wird wie folgt ersetzt: „... nur zum Zwecke der Kandidatur gleichzeitig mit der Erklärung über die Annahme der Kandidatur erklären, welcher Sprachgruppe sie angehören oder sich angliedern möchten; genannte Zugehörigkeitserklärung kann im Falle der Wahl für die gesamte Dauer des Mandats nicht widerrufen werden und ist für die gesamte Dauer des Mandats wirksam.“

Ich bitte um Verlesung des italienischen Textes.

WILLEIT: Emendamento all'emendamento prot. n. 3083, art. 12, nuovo comma 001:

Tutta la frase dopo la cifra 1991 è sostituita, come segue:

...devono dichiarare ai soli fini della candidatura il gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione contestualmente alla dichiarazione dell'accettazione della candidatura medesima; tale dichiarazione, in caso di elezione, è irrevocabile e produce effetti per l'intera durata del mandato.

PRÄSIDENT: Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte, Abgeordneter Denicolò.

DENICOLÒ: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Mit diesem Abänderungsantrag zum Abänderungsantrag will die SVP noch einmal ausdrücklich präzisieren, dass es sich bei dieser Ausnahme von der Regel um eine tatsächliche einmalige Norm handelt, die ausdrücklich Bezug nimmt auf eine ganz spezielle Personengruppe, nämlich auf jene Personen, die 1991 keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung im Rahmen der Volksgruppenzählung abgegeben haben. Zweitens, ist dieser Personenkreis eingeschränkt auf jene, die bei der Gemeinderatswahl 2000 - und keiner anderen - kandidieren. Also ausschließlich im Zusammenhang mit dieser Kandidatur - deshalb die Präzisierung „ai soli fini della candidatura“ - kann eine entsprechende Ad-hoc-Erklärung abgegeben werden. Diese abzugebende Ad-hoc-Erklärung ist nur wirksam für den Fall der Wahl dieser Kandidaten und ausschließlich für die Dauer des Mandates.

Damit unterstreiche ich noch einmal, dass die SVP diesem so abgeänderten Kompromiss zustimmt, weil sie davon ausgeht, dass die Ausnahme die Regel bestätigt. Sollte bei einer nächsten Gemeinderatswahl im Jahre 2000 und irgendetwas ein ähnlicher Antrag auftauchen, dann kann er nur mit entsprechender Gesetzesmaßnahme wieder formuliert und zugestanden werden und nicht ohne. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal erklären, dass es zwar ein Urteil des Kassationsgerichtes in diesem Zusammenhang gibt, jedoch im Zusammenhang mit den Regionalratswahlen und nicht im Zusammenhang mit den Gemeinderatswahlen. Das Regionalwahlgesetz ist lückenhaft, während das Gemeindewahlgesetz diesbezüglich eindeutig ist. Deswegen verstärken wir das Prinzip dessen, was in unserem Lande in diesem Zusammenhang die Regel ist. Wir gehen davon aus, dass dieser Abänderungsantrag genau das bestärkt, was bei uns nach wie vor eine Säule des Minderheitenschutzes zusammen mit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und mit der Zweisprachigkeit ist. Daher ersuche ich diesem Abänderungsantrag zuzustimmen.

PRÄSIDENT: Als nächster hat sich Abg. Leitner zu Wort gemeldet.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.

Ich habe so ein bisschen nach links geschaut und wollte eigentlich herausbekommen, wer denn jetzt wirklich Bauchweh hat und wer nicht. Aber Bauchweh vergeht und der Präzedenzfall bleibt. Ich glaube einfach nicht, dass die SVP so leichtfertig einen blinden Passagier einbaut, von dem sie meint, dass er einmalig sei. Denn man kann darauf wetten, dass Druck ausgeübt werden wird, damit das auch in anderen Bereichen angewandt wird. Ich bin nicht so blauäugig zu glauben, dass man es dabei belässt. Wenn man die Schleuse einmal aufmacht - und das wurde schon gestern gesagt - , dann wird der Damm früher oder später wahrscheinlich brechen. Ich möchte es mit einem Bibelwort sagen: „Es ist unverzeihlich, denn ihr wisst was ihr tut“. Alle Kämpfe der Vergangenheit nach dem Grundsatz dieses Prinzips so einfach und so leichtfertig über Bord werfen, das ist schmerzlich und das ist politisch aus der Sicht einer Minderheit unverzeihlich. Ich verstehe das einfach nicht, denn wir haben hier und im Landtag zu diesem Thema x-mal diskutiert. Jetzt kann einer, der im Jahre 1991 die Sprachgruppenzugehörigkeit nicht erklärt hat, eine

Ad-hoc-Erklärung abgeben. Er kann zwar die nächsten 5 Jahre seine Zugehörigkeit nicht ändern, aber bei den Gemeinderatswahlen 2005 kann er dann mit einer anderen Sprachgruppe wieder kandidieren. Hier wirft man ein Prinzip über den Haufen, dass immer als Grundpfeiler des Autonomiestatutes hingestellt worden ist. Wenn wir jetzt selber hergehen, daran zu sägen, dann wird es halt früher oder später einstürzen und deswegen mein ganz entschiedenes Nein.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Pöder. Er hat das Wort.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident.

Kollege Denicolò, hören Sie auf, uns für dumm zu verkaufen und sich selbst für dumm zu verkaufen! Was Sie hier betreiben, geschieht nach dem Motto, ich fahr mein Auto mit 100 km/h gegen die Wand und hoffe, dass es nicht kaputtgeht. Sie können einem Hund auch drei Mäntelchen anlegen, aber es bleibt ein Hund, so wie diese Norm ein trojanisches Pferd bleibt, das sie hier einführen wollen. Sie können doch nicht wirklich denken, dass Sie mit einer derart lächerlichen Formulierung eine De-facto-Änderung in irgendeiner Form herbeiführen. Es ändert sich nichts an der Tatsache, dass hier wirklich ein Präzedenzfall geschaffen wird, der eine Autonomiesäule untergräbt und sie dann sicher früher oder später zum Einsturz bringen wird. Auch diese Formulierung ist sicherlich ein handwerklicher, juridischer Fehler so wie die bisherige Formulierung in dem Abänderungsantrag zu Artikel 12, denn es ist in keiner Weise haltbar, in diesem Falle zu bestimmen, dass diese Erklärung für die ganze Dauer des Mandates aufrecht bleibt. Denn wenn jemand während der Mandatsdauer seine Erklärung ändern will, dann kann er das tun und wird letztlich bis zum Höchstgericht gehen können und dort Recht erhalten.

Eines muss ihnen klar sein, Sie tragen die Verantwortung, werte SVP, für alle Folgen, die daraus entstehen. Eines sollte den Kolleginnen und Kollegen der SVP noch zu denken geben: Es hat sich hier eine ganz eigenartige Koalition gegen diese Autonomiesäule gebildet. Es hat sich hier eine ganz eigenartige Jagdgesellschaft gegen diese Autonomiesäule gebildet und das sollte den Kolleginnen und Kollegen der SVP wirklich zu denken geben, wenigstens jenen aus Südtirol! Dass die anderen alle hier diese Autonomiesäule untergraben wollen, das ist mir schon klar und das überrascht uns eigentlich nicht. Überraschend ist allerdings, dass sich die SVP für politisches Kleingeld dieser Jagdgesellschaft anschließt.

Noch etwas, Kollege Denicolò. Sie hoffen wahrscheinlich, dass dieses Gesetz durch Obstruktion oder sonst was verhindert wird. Sie haben ja nie versäumt, die Opposition zu ermuntern, dieses Gesetz zu verhindern und Sie haben auch nie versäumt zu sagen, dass es Ihnen gleich wäre, wenn das Gesetz definitiv nicht durchgehen würde. Eines muss Ihnen allerdings klar sein: die Suppe, die Sie sich hier mit der Jagdgesellschaft gegen die Autonomie eingebrockt haben, wird die SVP selbst auslöffeln müssen.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abg. Klotz. Sie hat das Wort.

KLOTZ: Es gibt inhaltlich überhaupt keinen Unterschied zwischen dem Antrag der Grünen und diesem Scheinänderungsantrag der SVP. Es ist ein Scheinänderungsantrag, denn es ändert sich nichts. Die Erläuterungen vom Fraktionssprecher Herbert Denicolò sind der stümperhafte Versuch aus der Not eine Tugend zu machen. Kollege Denicolò und Kolleginnen und Kollegen von der SVP, ihr solltet doch aus Erfahrung wissen, dass fortgesetzte Ausnahmen auch zur Regel werden. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wenn man hier selbst zuvorkommt und die Erkenntnisse des Urteils des Kassationsgerichtshofes freiwillig auf die Gemeinderatswahlen überträgt, man dann verhindern kann, dass die Durchlöcherung weitergeht. Es ist unverständlich bzw. verantwortungslos, was hier betrieben wird und meine Kenntnis der Dinge ist die, dass sogar eure Parteileitung für diese Regelung jetzt grünes Licht gegeben hat, obwohl eure Parteileitungssitzungen mich sonst nichts angehen. Für mich ist das aber umso unverständlicher, als ich bisher geglaubt habe, dass ihr dort Leute sitzen habt, die noch Autonomiekenner sind, und diesbezüglich noch wissen, welche die Säulen der Autonomie sind und was es bedeutet, wenn man an diesen zu rütteln beginnt. Es soll aber hier auch für die anderen Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen für die Presse klar sein, dass die Meldungen, wonach entgegen Parteileitungsbeschluss die SVP-Fraktion diese Regelung annimmt, nicht stimmen, sondern dass die Regelung, so wie von der Parteileitung am Montag Abend abgesehnet, jetzt von der Fraktion hier angenommen wird. Es bleibt ein Dambruch und daran ändert auch die kleine Umformulierung nichts. Es ist wie gesagt ein Scheinänderungsantrag und damit bleibt eure Verantwortung ganz dieselbe und ihr müsst es verantworten. Wir werden unsere warnende Stimme erheben und es den Leuten sagen, aber wenn ihr mit eurer Mehrheit dazu verhilft, dass diese Säule des Volksgruppenschutzes zum Brechen kommt, dann werdet ihr das selber verantworten müssen, ob mit Bauchweh oder ohne Bauchweh. Auch das glaube ich, ist nur ein kurzfristiger Versuch der Schönfärberei, hier noch einige Zweifel zu äußern, aber das vergeht und was bleibt sind die Fakten. Und die Fakten sind, dass ihr damit eine der wichtigsten Säulen der Südtiroler Autonomie und des Volksgruppenschutzes zum Einsturz gebracht habt.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Seppi. Er hat das Wort.

SEPPI: Presidente, già ieri davanti all'emendamento presentato dalle colleghe Verdi, avevo posto dei seri dubbi, perché ritengo che la dichiarazione di appartenenza sia una forzatura psicologica, anzi un contrasto al diritto inaccettabile ed è fuori del mondo e continua a porre l'Alto Adige in una situazione pari a quella di cui si viveva 10 anni fa in Sudafrica, per cui tutto questo ben considerato, tanto sono concetti che esprimeremo altre mille volte in questa discussione e chissà in quali altre, ritengo che l'emendamento all'art. 12, presentato dalle colleghe Kury e Zendron sia in un'ottica del "voglio ma non posso fino in fondo", sia comunque inseribile in un determinato discorso e conceda a chi non si è voluto dichiarare la possibilità di far parte dell'elettorato passivo alle elezioni comunali.

Ecco che la SVP, collega Denicolò, ed in questo gliene sono grato, arriva a dare ancora più ragione alle nostre tesi, quando migliora dal nostro

punto di vista l'emendamento delle colleghe Verdi, perché ritengo che il passaggio che la SVP vuole cambiare con l'emendamento sull'emendamento delle colleghe Verdi, riporti il concetto in una più stretta corsia, relegata solamente alle elezioni.

L'emendamento delle colleghe Verdi dice: "...devono dichiarare ai soli fini della candidatura il gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione contestualmente alla dichiarazione dell'accettazione della candidatura medesima; tale dichiarazione, in caso di elezione, è irrevocabile e produce effetti per l'intera durata del mandato." Quindi questa dichiarazione fatta al momento della candidatura sta a significare che comporta per chi l'ha fatta la responsabilità di essersi dichiarato a tutti gli effetti e anche per gli altri effetti, perché se andiamo a leggerlo bene è stata fatta ad hoc da un punto di vista temporale la dichiarazione di appartenenza, ma non ad hoc perché destinata solo a quello scopo; la SVP precisa bene la cosa. Ecco il motivo di questo emendamento.

Leggo testualmente "...devono dichiarare ai soli fini della candidatura il gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione contestualmente alla dichiarazione dell'accettazione della candidatura medesima; tale dichiarazione, in caso di elezione, è irrevocabile e produce effetti per l'intera durata del mandato." Intanto la dichiarazione è valida solo in caso di elezione, di conseguenza è veramente fatta ad hoc, perché se non sono eletto casca la mia dichiarazione di appartenenza assieme alla mia potenzialità di candidato, è evidente questo, ma non solo, comunque non rimane valido il discorso per andare a fare un concorso pubblico, facendo fede di quella dichiarazione fatta all'atto della mia candidatura e quindi lo SVP concede ai cittadini una libertà, la libertà di non dichiararsi, perché questo documento è filosoficamente la possibilità, l'avallo della SVP a non dichiararsi; possiamo leggerlo solo in questa chiave.

Leggiamolo e rileggiamolo, facciamolo come vogliamo, ringraziamo la SVP per questo emendamento, che chiaramente non c'entra quelle che sono le nostre intenzioni, perché tutto l'apparato della dichiarazione di appartenenza, tutto l'apparato della proporzionale, tutto l'apparato delle gabbie etniche deve essere sistematicamente sradicato e sistematicamente combattuto dal nostro punto di vista, deve cadere come un castello di carte, perché basato sull'antidiritto, sull'anticostituzionalità, ma al di là di questo e rimanendo nell'ambito stretto di quelle che sono le attuali leggi e le attuali aberrazioni normative, la SVP dà un segnale positivo, cioè: caro cittadino, tu puoi dichiararti solo per le elezioni, ciò significa che puoi farne tranquillamente a meno per tutto il resto. Grazie di questa concessione.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Willeit.

WILLEIT: Non posso non esprimere la mia perplessità, in ordine a questa proposta di deroga alla dichiarazione di appartenenza, non la comprendo affatto, tranne che come oggetto di qualche mercato. Non può essere comprensibile il fatto di chiedere ai ragazzini una dichiarazione di appartenenza con effetti generali sulle loro possibilità, opportunità, cioè a quanti hanno compiuto il 14° anno di età e liberare da questo stesso vincolo e da questa

stessa dichiarazione gli adulti, i vecchi che vogliono governare i rapporti proporzionali. A mio avviso è già stato commesso un errore a suo tempo, allorquando per gli eletti, per gli eleggibili è stata tolta la condizione della residenza, mentre è rimasta per gli elettori, quello che vale per gli elettori deve valere tanto più per gli eletti, per i loro rappresentanti ed anche in questo senso è un errore lasciare il vincolo alla gente e toglierlo a chi deve governare o badare ai bisogni della gente.

D'altronde questa deroga, a dire il vero, anche stando a quanto ha detto prima il collega Denicolò, non la comprendo, avrei preferito che lui avesse nominato chi è questa categoria, non si potrà mica dire nell'anno 2000 quanti si sono dimenticati di fare la dichiarazione? Ormai la abbiamo in continuazione, la abbiamo nello statuto, la abbiamo ovunque, non si potrà dire che qualcuno è rimasto fuori, non ha il senso della sanatoria, non ha la giustificazione della deroga. Chi sono poi questi? Potenziali candidati alle elezioni comunali? Si chiami con il nome chi sono.

In ogni modo non ritengo che sia giustificata questa doppia cittadinanza, perché questi signori, rappresentanti della comunità locale, rappresentanti degli interessi necessariamente divisi o distinti per identità di gruppo, non sono d'accordo con una doppia cittadinanza di gente che, come rappresentanti, vanno in giro con la cittadinanza tedesca, italiana o ladina e come cittadini ne hanno un'altra. E' una regolamentazione che non si dovrebbe mai ammettere.

Dunque quello che sto dicendo, la dichiarazione dovrebbe valere a tutti gli effetti, era giustissimo quello che si è fatto nel 1991 con la norma di attuazione, dichiarando che si doveva applicare, anche per chi candidava, la dichiarazione del censimento, era giustissima.

Signori, per essere eletti ci si può dichiarare diversamente, per accedere ad un lavoro, ad un concorso, all'insegnamento, per accedere alla casa non è possibile, né per oggi, per domani o dopo domani. Ritengo pertanto sbagliata questa dichiarazione ad hoc, solo agli effetti della rappresentanza, ritengo altresì che proprio il rappresentante debba avere la stessa dichiarazione di chi vuole rappresentare.

Infine vorrei anche chiedere a quanti si basano sulla sentenza della Corte di cassazione di fare in modo tale che possiamo avere questa sentenza in mano. Voglio solo dire che non c'è solo il principio del diritto al voto, del diritto politico, vi sono altri principi con i quali questo principio del diritto politico va temperato.

PRÄSIDENT: Kollege Denicolò, war das eine Wortmeldung? Sie haben noch 1,5 Minuten Zeit, wenn Sie wollen. Bitte, Abgeordneter.

DENICOLÒ: Kolleginnen und Kollegen, die Freiheit des Wortes beinhaltet natürlich auch die Verantwortung für das Wort, das man frei hinausgelassen hat. Das gilt für die SVP genauso, wie für die Kolleginnen und Kollegen der Union und der Freiheitlichen. Zum zweiten, wenn sich hier der Abg. Pöder über Jagdgesellschaften so wundert, die sich hier zusammentun, um auf den Volksgruppenschutz Jagd zu machen, dann möchte ich schon auch einmal sagen, dass die Union sich oft ganz sonderbaren Jagdgesellschaften

anschließt, um auf die SVP Jagd zu machen. Man sollte halt auch aufpassen, wie hier die Relationen sind und welche Wörter man für welches Maß verwendet. Ich erkläre noch einmal: Diese Verantwortung, die wie hier wahrnehmen, ist nicht leichtfertig abgegeben, sondern ist effektiv im Rahmen einer gezielten Verantwortung zu sehen, weil die Ausnahme die Regel bestätigt. Natürlich: wer schwarz malt, kann nur schwarz malen, wenn es weiß gibt und deswegen sind wir Gott sei Dank diejenigen, die euch die Munition liefern, schwarz zu malen. Aber die Ergebnisse zählen und nicht all das, was hier als Opposition herauskommt. Sie haben das Recht zu warnen und das haben wir uns auch überlegt. Deswegen sagen wir, dass wir Bauchweh haben, aber wir wissen wozu wir da sind und wofür wir stimmen.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Pahl. Er hat das Wort.

PAHL: Die Fraktion hat die Gründe für die Zustimmung zu diesem Antrag ausführlich erwähnt und ich achte diese Gründe durchaus. Ich glaube, dass sie aus ihrer Sicht und aus der Sicht der Mehrheit der SVP-Fraktion durchaus gut überlegt sind und ich respektiere durchaus auch das Recht der Vertreter der Grünen im demokratischen Rahmen, in dem sie sich immer bewegen, einen solchen Antrag einzubringen, denn er ist ja Ausdruck ihrer Politik, die sie seit sehr sehr vielen Jahren verfolgen. Ich weiß auch, dass die SVP mit den entsprechenden Begründungen keinem Prinzipbruch zustimmt. Es sind hier Beschränkungen im Antrag selbst gesetzt.

Aus meiner Sicht jedoch, und um die geht es hier, habe ich nur aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahre mit der Politik der Grünen bzw. anderer Kräfte, die im Regionalrat waren bzw. unter neuen Namen nach wie vor sind, den Schluss ziehen müssen, dass man immer scheinbarweise daran geht, ein Prinzip außer Kraft zu setzen. Obwohl hier nur eine zeitlich und fallbegrenzte Ausnahme vom Prinzip gemacht wird und es nicht generell in Frage gestellt wird, glaube ich doch aus meiner Erfahrung heraus, dass die Folge, die sich ergeben wird, die sein wird, als ob das Prinzip heute schon außer Kraft gesetzt worden wäre. Ich befürchte eben aufgrund der Erfahrung, die ich in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht habe, dass zuerst das Prinzip an einem Fall angeknackt wird und dass im Laufe der Zeit dann andere Gelegenheiten wahrgenommen werden, um das Prinzip als solches in Frage zu stellen. Ich will jetzt hier nicht auf ganz bestimmte Fallbeispiele dieser Art verweisen, denn das wäre eine eigene Diskussion, aber jene, die schon lange im Regionalrat bzw. Landtag sind, wissen das ja aus ihren eigenen Erfahrungen. Ich halte die Aufrechterhaltung dieses Prinzips ohne Ausnahme nach wie vor für geboten, auch wenn ich durchaus jedem das demokratische Recht einräume, auch dagegen aufzutreten und dies sein gutes demokratisches Recht ist. Für meine Person jedoch fühle ich mich meinem politischen Gewissen und dem Wählerauftrag primär verpflichtet und vor jeder anderer Instanz verantwortlich und aus diesem Grunde habe ich die SVP-Fraktion gebeten, mich für diese Abstimmung von der Fraktionsdisziplin zu entbinden.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine mehr, dann stimmen wir ab. Namentliche Abstimmung? Wir führen die namentliche Abstimmung durch. Ich bitte um den Namensaufruf.

WILLEIT: Andreolli (*si*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Baumgartner (*ja*), Benedetti (*non presente*), Berasi (*si*), Berger (*ja*), Bertolini (*non presente*), Boso (*no*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*si*), Cogo (*si*), Cominotti (*si*), Conci-Vicini (*si*), Cristofolini (*non presente*), Dalmaso (*si*), Delladio (*non presente*), Dellai (*si*), Denicolò (*ja*), Di Puppo (*si*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*non presente*), Feichter (*non presente*), Fontana (*si*), Frick (*non presente*), Giovanazzi (*non presente*), Ghecchi (*si*), Grandi (*si*), Grisenti (*non presente*), Holzmann (*si*), Hosp (*ja*), Kasslatte verh. Mur (*non presente*), Klotz (*nein*), Kofler (*ja*), Kury (*non presente*), Laimer (*ja*), Lamprecht (*nein*), Leitner (*nein*), Leveghi (*non presente*), Lo Sciuto (*si*), Magnani (*si*), Messner (*ja*), Minniti (*si*), Molinari (*non presente*), Morandini (*si*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*astenuto*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Perego (*non presente*), Pinter (*si*), Plotegher (*si*), Pöder (*nein*), Pürgstaller (*non presente*), Santini (*si*), Saurer (*ja*), Seppi (*non partecipa al voto*), Stocker (*nein*), Taverna (*non presente*), Thaler Hermann (*ja*), Thaler geb. Zelger (*ja*), Theiner (*ja*), Tretter (*non presente*), Urzi (*astenuto*), Valduga (*non presente*), Willeit (*no*), Zendron (*si*).

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	48
Jastimmen:	38
Neinstimmen:	7
Stimmenthaltungen:	2

1 Abgeordneter hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Damit ist der Änderungsantrag zum Antrag genehmigt. Zum Fortgang der Arbeiten hat sich Abg. Seppi zu Wort gemeldet.

SEPPI: Presidente, volevo solamente chiedere la possibilità di 10 minuti di sospensione, per consultarci fra le forze di minoranza.

PRÄSIDENT: 10 Minuten? Jetzt ist es 11.03 Uhr und um 11.13 Uhr wird mit der Sitzung wieder begonnen. Die Sitzung ist also für 10 Minuten unterbrochen.

(ore 11.04)

(ore 11.15)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es war noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Leitner vorgemerkt. Möchte Sie sie noch beanspruchen? Nein, nicht mehr.

Gibt es sonst noch Wortmeldungen zum Abänderungsantrag Kury?
Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Herr Präsident, Sie müssen mir klar sagen, ob wir zu diesem so abgeänderten Antrag noch einmal reden dürfen?

PRÄSIDENT: Die Möglichkeit besteht, nachdem er abgeändert worden ist und somit muss ich die Möglichkeit geben, dazu noch Stellung zu nehmen.

KLOTZ: Danke, Herr Präsident für diese Klärung.

Wir haben mehrfach angekündigt, dass wir diesen Abänderungsantrag aus Überzeugung ablehnen, weil wir in diesem Fall der Meinung sind, dass das eine der Säulen des Volksgruppenschutzes ist und dass man nun von Mal zu Mal an diesen wichtigen Säulen rüttelt. Irgendwann wird dann in Folge dieser Durchlöcherungspolitik das gesamte Autonomiegebäude einstürzen. Es ist ja nicht die einzige Sägeaktion an einer der Grundsäulen, sondern es gibt gleichzeitig mehrere Knackpunkte, wie beispielsweise eben auch das Schreckgespenst der Änderung des Autonomiestatutes. Ich bin überzeugt davon, dass wir Südtiroler es dann nicht mehr in der Hand haben, was in Rom noch geändert wird, denn schließlich und endlich ist es ein Verfassungsgesetz und dafür sind eigene Prozeduren vorgesehen, wie beispielsweise die 2/3 Mehrheit im Parlament und niemand wird uns garantieren können, dass es dort dann bis zum Schluss nicht noch eine ganze Reihe von Anträgen von anderen Seiten gibt, die dann niemand mehr verhindern kann und auch wahrscheinlich nicht will. Ich muss immer wieder auf die beiden Beschlüsse hinweisen, die im römischen Parlament in den 80er Jahren angenommen worden sind. Der eine von der damals noch existierenden DC mit der wohlwollenden Enthaltung der Kommunisten, womit er dann durchgegangen ist und ein ähnlich formulierter der Kommunisten mit der wohlwollenden Enthaltung der DC. Beide sind also angenommen worden und besagen, dass nach Abgabe der Streitbeendigungserklärung einige Anpassungen an die inzwischen entstandenen Notwendigkeiten vorzunehmen sind. Diese Beschlüsse gelten immer noch und niemand darf es wundern, wenn man irgendwann diese Beschlüsse herauszieht und an deren konkrete Umsetzung geht. Aus diesem Grund muss man auch das im Kopf behalten und das alles in den Kontext bringen. Das ergibt natürlich ein ganz konkretes Bild. Man macht damit immer mehr dieses Autonomiestatut zu einer inneritalienischen Angelegenheit, zu einer Angelegenheit des Regionalrates. Je mehr die Vertretung des Südtiroler Volkes, in diesem Fall mehrheitlich die SVP, selber Hand anlegt, um so mehr dürfen wir oder werden wir uns erwarten müssen, dass es auch andere tun.

Deswegen können wir nur noch einmal allen Ernstes eindringlich davor warnen: Es sind einige ganz massive Angriffe auf das Autonomiestatut und vor allem eben Volksgruppenzugehörigkeit bereits durchgegangen. Wir sehen an allen Ecken und Enden, dass der Proporz angegriffen wird und wir sehen das auch beim muttersprachlichen Prinzip. Irgendwann einmal wird dieses Gebäude einstürzen, wenn an so vielen Ecken und Enden die wichtigsten Grundsteine herausbrechen. Herr Präsident, die Abstimmung ist

verlaufen, wie sie verlaufen ist. Als Demokraten müssen wir democratiche Abstimmungen zur Kenntnis nehmen, aber nicht ohne noch einmal eindringlich davor gewarnt zu haben und noch einmal eindringlich erklärt zu haben, dass man damit einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall geschaffen hat. Es werden dann nach diesem Präzedenzfall selbstverständlich andere Fälle kommen, so dass man das nicht auf eine einzige Kandidatur wird beschränken können, sondern auf die Kandidaturen fortsetzen wird und dann auch auf andere Bereiche, eben dort wo es bis heute diese Volksgruppenerklärung gebraucht hat, ausdehnen wird. Es ist der wichtigste Stein dieser Grundsäule bereits entnommen worden und das Ganze wird früher oder später einstürzen und das sei an die SVP gerichtet, die momentan hier in diesen Reihen mit nur 3 Mitgliedern anwesend ist. Auch das ist symptomatisch für das Interesse, das man an den grundsätzlichen Fragen, an den Grundfragen noch zeigt.

PRÄSIDENT: Herbert Denicolò, zum Fortgang der Arbeiten? Erledigt, dann hat Abg. Seppi das Wort.

SEPPI: Presidente, mi voglio collegare a quanto appena detto dalla collega Klotz, che dal suo punto di vista affronta il problema con la coerenza che ha sempre contraddistinto il suo gruppo politico e questo le va riconosciuto, perché perlomeno abbiamo da confrontarci con delle persone e con dei partiti politici che amano avere una divisa e non amano atti di partigianeria, che invece mi sembrano coinvolgono tutti gli altri partiti, che fanno parte di questa situazione specifica e quindi sia i Verdi, che hanno fatto l'emendamento all'art. 12, sia la SVP, che ha fatto un correttivo, che è una presa in giro alla coerenza ed è una presa in giro a quelle che sono le regole fondamentali, sulle quali ci si possa pigliare, anche tentando di arrampicarsi sugli specchi per una concertazione politica.

Il concetto è questo: non serve che io ribadisca come la penso, per me la dichiarazione di appartenenza etnica è un'aberrazione di rito, ma entro comunque nella logica di questo emendamento e allora quando i colleghi della SVP dicono e sono convinti che la dichiarazione di appartenenza debba essere fatta e quando i colleghi della SVP continuano a pensare che la proporzionale sia il futuro e la panacea di tutti i mali dell'Alto Adige e si sbagliano, ma in questo sono anche avallati dai colleghi di Alleanza Nazionale, per cui ormai l'inconsociativismo sulla proporzionale è discorso allargato, ma al di là di questo, caro Denicolò, come si fa ad essere d'accordo di fare la dichiarazione ad hoc per le comunali e di non esserlo per tutte le altre elezioni, questo è frutto di un compromesso che puzza lontano un miglio, ma puzza in maniera tale che ammorbida ogni discorso politico fatto con diligenza e su questioni di principio, che possono essere completamente diverse dalle mie, che possono vedere la questione in mille sfaccettature, ma che non possono scostarsi da un concetto di coerenza, che è fondamentale, non solo per il rispetto della politica, ma anche per il rispetto delle persone che la fanno.

Questo va denunciato, perché non si può assolutamente dire in un emendamento, che per quanto riguarda le comunali del 2000 va bene così e poi ne riparleremo, no, perché se c'è un convincimento politico in questa azione

deve valere per sempre, ma se non c'è un convincimento politico non si faccia mai.

Veramente non mi rendo conto e spero che se ne rendano conto i cittadini, i mass media, se ne rendano conto tutti quelli che ci stanno osservando di come è caduta in basso questa maggioranza, è caduta ad un livello che veramente fa pena, visto dall'opposizione, caro collega Denicolò, perché se lei porta avanti le questioni di principio le porti avanti fino in fondo!

Fa pena, colleghe Verdi, che siete contro la dichiarazione di appartenenza e siete contro alle gabbie etniche dai tempi di Langer e oggi vi accontentate di una sentenza e chiedete non la dichiarazione dell'abrogazione, chiedete non che uno per essere elettore passivo non abbia la necessità di essere dichiarato, no, chiedete che debba fare la dichiarazione ad hoc, cioè voi costringete la gente a fare la dichiarazione ad hoc, invece di farvi forti di quella sentenza e di pretendere di andare oltre, di andare avanti, di scavalcare il muro e dire: è ora di finirla!

Un candidato passivo può essere considerato tale a prescindere dal fatto che si sia dichiarato, no, è presentato un emendamento, quindi vi fermate per strada, quella sentenza che poteva avere dei risultati sicuramente positivi, poteva essere un riflesso, una luce buttata in una totale zona d'ombra del Diritto, con la D maiuscola, diventa invece strumento, strumentale a delle questioni di bassa lega consociativa all'interno della maggioranza.

Una SVP che sia uscita con un atto di incoerenza a questo livello non è mai successo e questo bisogna scriverlo sui giornali, non è mai successo che la SVP arrivi ad un atto di incoerenza di questo livello. Grazie signor Presidente.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Pöder.

PÖDER: Danke, Herr Präsident.

Es bleibt dabei, es hat sich eine eigenartige Jagdgesellschaft gegen diese Autonomiesäule gebildet. Es wird dies sicherlich ein Freudentag für alle interethnischen, italo-filial-alternativen Kräfte, für alle Autonomiefeinde von links bis rechts sein und das ist nicht so erstaunlich, denn es liegt ja in der Natur dieser Bewegungen, dass sie stets die Säulen der Autonomie abgelehnt haben. Dass sich allerdings die SVP dafür hergibt, diesen autonomiefeindlichen interethnischen und vermischungspolitischen Kräften den Freudentag mitzugestalten, dass ist ein Novum und das ist natürlich schon sehr bedenklich. Wenn vorhin gesagt wurde, wir hätten das Recht, uns dagegen zu wehren, dann behaupte ich: wir haben nicht das Recht, sondern wir haben die Pflicht, uns als gewählte Abgeordnete Südtirols dagegen zu wehren, sowie es auch die anderen Südtiroler Abgeordneten hätten, wenigstens jene, die das Kürzel SVP als Parteikürzel verwenden. Auch diese hätten die Pflicht, sich dagegen zu wehren, aber in der Mehrheit dieser Partei wird diese Pflicht nicht mehr empfunden. Man hat diese Pflicht politischem Kleingeld preisgegeben. Man gibt somit eine Autonomiesäule für politischen Kleingeld auf. Das ist das Bedenkliche und man hätte zwar jetzt noch die Möglichkeit, dagegen zu stimmen, aber man wird es nicht tun, weil man sich lieber mit politischem Kleingeld zufrieden gibt, als sich weiterhin als Partei gegen Angriffe auf die

Prinzipien des Volksgruppenschutzes zu wehren. Diese Abwehr fällt mit dem heutigen Tag endgültig und das hat sich bereits abgezeichnet, indem man das Autonomiestatut einer italienischen Abgeordnetenmehrheit im Regionalrat und dann auch im Parlament ausgeliefert hat, aber das ist eine andere Frage, die dann diskutiert werden wird. Wie gesagt, es ist sicherlich ein Freudentag für alle Gegner der Autonomie von links bis rechts. Es ist allerdings das Ende des Anspruchs der SVP sich „Südtiroler Vertretung“ zu nennen.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Willeit.

WILLEIT: Solo per completare il discorso di prima con due, tre frasi. Di per sé non avrei nulla contro una sanatoria, di quello che si è detto prima ad una certa categoria di coloro che per qualsiasi buona ragione o meno non si sono dichiarati fino ad oggi, ma non è stato detto chi è questa categoria.

Ribadisco che sono contrarissimo alla doppia figura, a chi come rappresentante della gente ed ha il colore verde o rosso ed a chi come il cittadino ha un altro colore e forse un domani avrà tre possibilità se è furbo, la casa l'avrà con i ladini, il posto lo avrà con i tedeschi e quant'altro lo avrà come assessore comunale o sindaco e sarà italiano o al contrario.

E' chiaro che chi corre il maggior pericolo dello svuotamento della dichiarazione ad hoc, sono i gruppi minori, è chiarissimo, perché la proporzionale è posta a garanzia del gruppo minore, addirittura oltre la proporzionale si vuole andare in determinate situazioni, ma non per ridurre il diritto, ma per aumentare quello del debole, un domani chi corre pericolo è veramente il debole, perché il forte si prende il diritto, se lo adegua come gli pare e piace e quello di quest'oggi è un esempio di come fa chi comanda, chi non vuole osservare la norma e la regola.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abg. Giovanazzi. Er ist aber nicht im Saal, der nächste ist dann Abg. Leitner. Bitte, Abg. Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.

Da es sich hier um eine wirklich wichtige Angelegenheit handelt, ergreife ich noch einmal das Wort. Es ist wirklich eine unheilvolle Allianz, die sich hier gebildet hat, um an einen Grundpfeiler der Autonomie zu sägen, weil ich der Meinung und der Überzeugung bin, dass es bei dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nicht bleiben wird. Der Druck aller Sprachgruppenzugehörigkeitsverwässerer oder Torpedierer wird größer werden und wird sich nicht auf diesem Bereich alleine beschränken und er wird sich in Zukunft auch auf andere ausdehnen. Ich habe Verständnis dafür, dass eine aus doch unterschiedlichen Kräften zusammengesetzte Koalition irgendwo Kompromisse finden muss, aber wenn es um das Grundsätzliche geht, dann habe ich meine Probleme, wie weit man gehen kann, um von den eigenen Grundsätzen abzuweichen.

Ich muss schon eine Frage stellen – leider ist jetzt Abg. Pahl nicht da –: Muss man sich bei der SVP jetzt schon für eine Stimmenthaltung entbinden lassen? Wenn man mutig ist und er hat mutig vorgetragen, was die Grundsätze der Autonomie in diesem Bereich sind, dann verstehe ich nicht, warum er sich

bei der Abstimmung enthalten hat. Dieser Mut ist kein Mut. Sich für eine Stimmenthaltung entbinden zu lassen, lässt mich dann sagen: Wie stark ist der Fraktionszwang in der SVP und wie mutig sind dann Martha Stocker und Sepp Lamprecht gewesen? Ich fürchte halt, dass das Bauchweh, wie es heute eine Zeitung geschrieben hat, bei den SVP-Vertretern sich in Grenzen halten wird, aber ich habe schon gesagt, das Bauchweh wird vergehen, aber der Präzedenzfall bleibt und es wird nicht ein Präzedenzfall bleiben. Ich denke, dass unsere Väter der Autonomie heute sicherlich schlecht schlafen, die haben nicht nur Bauchweh, die haben wahrscheinlich auch Kopfweh und weiß Gott noch was alles und das wird anhalten. Das Aufwachen nach dieser Abänderung hier wird ein Katzenjammer, denn das ist die Voraussetzung dafür, dass man auch in anderen Bereichen die Autonomie angreifen kann, wenn man hier Kompromisse macht. Eine unheilvolle Allianz und eine dunkle Stunde der Südtiroler Autonomie fürwahr!

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Giovanazzi. Er hat das Wort.

GIOVANAZZI: Grazie signor Presidente. Che questa legge sia complessa è evidenziato in ogni momento nella discussione, quando si esaminano gli articoli eccetera, che sia una legge che mette in evidenza le forti contraddizioni anche fra Trento e Bolzano è anche vero e da questo punto di vista direi, per un certo verso, è giusto che esista la regione, perché così garantisce i diritti di tutti e anche delle minoranze, da un certo punto di vista dire forse che sarebbero meglio due province, così legiferano in modo separato e le leggi si calano sulle realtà provinciali in modo diverso. Torno a dire che la competenza in capo alla regione è comunque una garanzia.

L'appartenenza ad un gruppo linguistico, credo sia un fatto che non può passare così in sordina, è stata riconosciuta l'importanza di questa appartenenza a questo gruppo linguistico anche dallo stesso TAR, che ha defenestrato l'amico Minniti dall'Ufficio di Presidenza ed ha nominato di fatto il collega Willeit, al quale faccio le congratulazioni, però esprimo dispiacere per il fatto che non ci sia più il collega Minniti all'Ufficio di Presidenza.

Fra l'altro devo dire che è vero che c'è stata una votazione sulle nomine dei segretari questori, però il TAR ha superato anche il Consiglio regionale, perché vediamo oggi e non me ne voglia, esprimo sentimenti di amicizia verso il collega Willeit, però vediamo il collega Willeit all'ufficio di Presidenza senza che ci sia stata comunque una votazione, hanno tenuta per buona quella che c'è stata tempo fa.

Allora credo che l'appartenenza al gruppo linguistico rappresenti un passaggio importante e non può venire mercanteggiato, cioè dire: per le candidature alle comunali si tiene per buona questa dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico; assolutamente no, perché se questa legge ha portato grande confusione, ma non perché è stata fatta da incapaci, perché le leggi elettorali sono così, hanno dei meccanismi dentro talmente complessi che sono di difficile lettura. Qualcuno sorride, ho partecipato anch'io alla predisposizione di questa legge e ne ho condivisi alcuni passaggi, per la verità, però non mi sembra giusto e corretto che si giochi sull'appartenenza al gruppo linguistico in questo modo e dire: teniamo conto di questa dichiarazione solo

per le comunali, perché allora il cittadino non capisce più niente, domani mattina possiamo avere uno stravolgimento completo per quanto riguarda la situazione dell'appartenenza al gruppo linguistico.

Torno sulla considerazione che ho fatto nel mio primo intervento, ritengo inopportuno insistere sull'approvazione di questa legge, che apporta modifiche alla legge 3 del 1994, proprio perché apportare modifiche in questo momento vuol dire introdurre nuovi elementi di confusione per coloro che andranno a votare fra due mesi.

Abbiamo visto che alcune proposte sono state accolte dalla Presidente della Giunta regionale, tese alla semplificazione e mi riferisco a tutta la procedura molto complessa per quanto riguarda il deposito delle candidature.

PRÄSIDENT: Abg. Holzmann hat das Wort.

HOLZMANNI: Certamente quando si vanno a toccare certi argomenti c'è la tentazione di affrontare ragionamenti di carattere generale, vorrei però attenermi allo specifico. Certamente in presenza di una sentenza potevamo sperare in qualcosa di più di questo compromesso, che certamente è positivo, dal mio punto di vista, perché va a risolvere una lesione comunque del diritto di persone a potersi liberamente candidare alle elezioni. E' certamente un modo di interpretazione in maniera diversa anche determinati pilastri dell'autonomia.

Sono un po' sconcertato da argomentazioni che sono state fatte in quest'aula da alcuni colleghi dell'opposizione, che giudicano il provvedimento sulla base delle forze politiche che lo sostengono e credo ci sia assoluta libertà dei singoli, delle forze politiche di potersi esprimere e di poter determinare delle maggioranze anche diverse, rispetto a quelle canoniche di maggioranza e opposizione, su singole questioni, soprattutto su questioni come queste, che investono non soltanto questioni di carattere politico, ma anche di carattere ideologico, di impostazione generale.

In passato abbiamo sostenuto la necessità che lo statuto dovesse essere rispettato, però ovviamente si è anche preso atto di tutte le problematiche connesse alla mancata dichiarazione del censimento per una parte non irrilevante della popolazione dell'Alto Adige, che rimane esclusa non soltanto dalle competizioni elettorali, ma tutta una serie di opportunità che invece l'autonomia garantisce a tutti gli altri cittadini.

Ci aspettavamo che il compromesso potesse portare ad un chiarimento di carattere generale perlomeno sulla materia elettorale, mentre invece è molto limitativo, perché riguarda soltanto queste consultazioni, quindi pur concordando in linea di principio con i presentatori, saremo dell'idea di astenerci, perché ovviamente ci attendevamo, da parte delle forze che compongono la maggioranza attualmente in questo Consiglio regionale, una formulazione più ampia di questo emendamento. Grazie.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Boso, bitte.

BOSO: Signor Presidente del Consiglio, signora Presidente della Giunta, non è che mi sia innamorato di questi interventi, però ascoltando i diversi passaggi dei colleghi siamo riusciti a capire, noi non interessati a queste nuove norme, che la

legge elettorale dei comuni, così presentata, è unico affetto della Presidente Cogo, perché a tutti gli altri non interessa. Allora vorrei capire, ma veramente voi state portando avanti una discussione seria all'interno del Consiglio regionale? Perché ascoltando gli interventi dei diversi colleghi, forse più interessati a questa situazione, stanno dimostrando che all'unica persona che interessa questa legge elettorale è Margherita Cogo, Presidente della Regione, diossina, che ha proposto e promesso a tutti i suoi amici che lei avrebbe portato la nuova legge elettorale.

Di fronte a questo, mi vergogno della SVP che si presta a questi giochi, o direttamente avete già spartito le deleghe rimanenti alla regione, perché la Presidente Cogo porti a casa questo discorso! Non più lontano di quattro giorni fa, nell'incontro di maggioranza, stavate distruggendo la maggioranza che gestisce questa regione, poi siete arrivati all'accordo fraterno dello zucchero e dell'amaro, che la Cogo ha piegato la testa ed ha detto: vi do tutto, però voi mi aiutate a far passare la legge elettorale comunale.

Veramente state prendendo in giro gli elettori. Presidente del Consiglio, mi meraviglio di lei, perché dovrebbe dichiarare chiusa per fallimento politico la discussione di questa legge elettorale, perché a voi della SVP non ve ne importa niente! Voi avete ricevuto le vostre deleghe, adesso date il contentino alla sinistra trentina, alla Margherita Cogo.

Siamo onesti, la parte verde della sinistra dell'Alto Adige non le sta bene, ai Freiheitlichen non sta bene, all'Union non sta bene, allora spiegatemi a chi sta bene, a voi della SVP non sta bene, perché più o meno ho visto l'altro giorno che il cons. Taverna ha chiesto due punti e la Cogo ha chiesto la sospensione di quattro ore del Consiglio per mettersi d'accordo con il cons. Taverna, allora vuol dire che l'unico interesse all'interno di questo dibattito è l'interesse Margherita Cogo.

Presidente del Consiglio, si deve mettere in discussione un Consiglio regionale per una singola persona? O volete trasformaci tutti quanti in burattini, o il Consiglio regionale è diventato un teatro! E' questo che vi chiedo, è ora di terminare di fare i buffoni in questo Consiglio, perché chi non sa fare politica se ne rimanga a casa, e la Presidente Cogo merita di andare a casa perché è il buco nel nulla politicamente! Questa Presidenza della Regione è prepotente, ignorante ed incapace politicamente!

Presidente, lei deve annullare le sedute del Consiglio regionale, perché questo Consiglio regionale non funziona!

PRÄSIDENT: Consigliere Boso, il tempo è scaduto. Abgeordneter Boso, Sie würden mir viel mehr Macht geben, als ich sie in Wirklichkeit habe. Meine Zuständigkeit ist nicht, politische Debatten zu unterbrechen, sondern die Arbeiten hier zu leiten und das so gut als möglich. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine, dann stimmen wir darüber ab. Namentliche Abstimmung? Wie viele? Geht in Ordnung, wir stimmen mit namentlicher Abstimmung über den Änderungsantrag Kury mit den Abänderungen entsprechend dem Abänderungsantrag vom Abgeordneten Denicolò ab.

Ich bitte um den Namensaufruf.

CHIODI: Andreolli (si), Andreotti (si), Atz (ja), Baumgartner (ja), Benedetti (si), Berasi (si), Berger (ja), Bertolini (non presente), Boso (no), Casagrande (si), Chiodi-Winkler (si), Cigolla (si), Cogo (si), Cominotti (astenuto), Conci-Vicini (no), Cristofolini (si), Dalmaso (si), Delladio (astenuto), Dellai (si), Denicolò (ja), Di Puppò (non presente), Divina (no), Durnwalder (ja), Feichter (non presente), Fontana (si), Frick (ja), Giovanazzi (no), Gneccchi (si), Grandi (si), Grisenti (non presente), Holzmann (astenuto), Hosp (ja), Kasslatter verh. Mur (ja), Klotz (nein), Kofler (ja), Kury (ja), Laimer (ja), Lamprecht (nein), Leitner (nein), Leveggi (non presente), Lo Sciuto (astenuto), Magnani (si), Messner (ja), Minniti (astenuto), Molinari (non presente), Morandini (no), Munter (ja), Muraro (si), Pahl (ja), Pallaoro (si), Panizza (si), Passerini (si), Perego (non presente), Pinter (si), Plotegher (astenuto), Pöder (nein), Pürgstaller (non presente), Santini (astenuto), Saurer (ja), Seppi (non partecipa al voto), Stocker (non presente), Taverna (astenuto), Thaler Hermann (ja), Thaler geb. Zelger (ja), Theiner (ja), Tretter (non presente), Urzì (astenuto), Valduga (no), Willeit (no), Zedron (si).

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	60
Jastimmen:	39
Neinstimmen:	11
Stimmenthaltungen:	9

1 Abgeordneter hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt. Es liegt ein weiterer Abänderungsantrag zu diesem Artikel 12 von der Präsidentin Cogo mit der Prot. Nr. 2978/5 vor.

Änderungsantrag zu Art. 12:

1. Im Artikel 12 wird der Absatz 1 durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
„(1) Im Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe d) des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden die Worte „für die Provinz Bozen, aber nur in den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern“ gestrichen.“

CHIODI: Emendamento all'art. 12, prot. n. 2978/5:

1. Il comma 1 dell'articolo 12 è sostituito dal seguente comma:

“1. All'articolo 21, comma 1, lett. d), della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, le parole “per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti;” sono abrogate.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag? Keine, dann stimmen wir ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

Bei 3 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen ist der Abänderungsantrag genehmigt. Alle anderen Abänderungsanträge, die noch aufliegen, sind verfallen.

Wir kommen jetzt zum Artikel 12. Wer möchte zum Artikel 12 Stellung nehmen? Niemand? Abgeordneter Seppi, bitte.

SEPP: Grazie signor Presidente. L'art. 12, così come emendato, torno a ribadirlo, è una recidiva violazione al diritto, alla libertà dei cittadini, è un'arroganza nei confronti di questi, dimostrata da un potere politico che si basa su norme che sono state giustamente buttate al macero in Sudafrica, durante il periodo dell'apartheid. Io voglio essere un cittadino candidato, ho le carte in regola per esserlo, ho la costituzione e la legge che mi darà diritto di farlo, sono in uno stato democratico o presunto tale e conseguentemente mi voglio candidare, ma non lo posso fare, perché ho liberamente deciso di non dichiararmi appartenente ad un gruppo etnico. Voglio che questo diritto sia sancito, anzi voglio eliminare l'obbligo di comportarmi viceversa.

E' proprio su questo concetto che si esplica non solo la nostra battaglia politica, ma che si esplica la critica pesante nei confronti di questi due emendamenti, critica che effettivamente rivolgo di più ai Verdi, a coloro che dovrebbero essere solamente in teoria i successori di Alexander Langer e che invece in un loro emendamento, frutto di una sentenza che andava elaborata per portare avanti discorsi ben più grandi e ben più ampi, hanno costruito un emendamento riferito solamente alle elezioni comunali del 2000 e quindi non ribadiscono nemmeno il principio che comunque, rimanendo pur nell'aberrazione della dichiarazione, questo diritto di non dichiararsi possa essere consentito da qui in futuro in qualsiasi elezione amministrativa.

No, così non è, chiedono esplicitamente per le elezioni che si svolgeranno nell'anno 2000...Signor Presidente, chiedo un po' di silenzio in sala! La ringrazio sentitamente, è una questione di rispetto nei confronti di chi sta lavorando!

Addirittura i Verdi, che dovrebbero, essere stati i fautori, ma che evidentemente si sono persi in mille rivoli e hanno perso anche il nesso storico del loro progetto politico, non conosciamo allo stato attuale quale sia il loro progetto politico, se non quello di condividere posti in Giunta regionale e nell'ufficio di presidenza del consiglio provinciale di Bolzano, al di là di questo non riusciamo a capire quale sia la loro linea politica, ma non è che ce ne possa importare più di tanto.

Quello che ci interessa ribadire è l'inciucio, un inciucio enorme, pazzesco che c'è stato a livello di maggioranza, perché il fatto che i Verdi possono proporre quest'aberrazione di emendamento e che la SVP lo vada addirittura a migliorare nei termini, ma che comunque si avvicini di più la SVP alle teorie di Alexander Langer che non quello che fanno i Verdi, perché la SVP si è mossa verso Alexander Langer alla memoria storica e politica di Alexander Langer facendo questo tipo di ragionamento, si è mossa la SVP, perché la SVP ha eliminato che questo vale solo per il 2000 con il suo subemendamento.

Quindi la SVP, oltre a dimostrare una coerenza pazzesca nei confronti del suo elettorato, francamente se fossi gestore di un giornale di madrelingua tedesca, il "Dolomiten", domani uscirei in prima pagina, la SVP tradisce i fondamenti stessi del motivo per cui esiste. E' chiaro che dal mio punto di vista mi farebbe molto piacere che questo accadesse.

Questa discutibile e difficile coalizione ha messo in mostra che la SVP è sulle posizioni di Alexander Langer ed i Verdi sono sulle posizioni di Pöder, non voglio offendere la tua coerenza Pöder, però se tu li leggi bene sono molto più severi i Verdi nell'accettare la proporzionale, nell'accettare le dichiarazioni di appartenenza che la volevano solo per il 2000, rispetto alla SVP che vogliono allargare il discorso all'infinito o che comunque non pone più il 2000 come data specifica.

Quindi veramente ci troviamo di fronte ad una realtà che non ha più capo né coda, non riesco più a rendermi conto di quali siano le parti in campo, mi riesco solo a riallacciare al discorso di Boso, che vi siete messi d'accordo, non so cosa sia successo, sta di fatto che state dando alla popolazione un esempio di mancata coerenza che sta coinvolgendo tutta quest'aula, che sta coinvolgendo la maggioranza in una posizione di ambiguità politica, perché qui non riusciamo più a capire da che parte sta chiunque, da che parte sono coloro che si dichiarano contro l'appartenenza, chi sono ancora coloro che hanno il 'Diritto' in mente quando parlano, non sappiamo più chi siano coloro che vogliono la proporzionale, perché chi era contrario alla proporzionale fino a ieri oggi è favorevole e chi lo è storicamente come la SVP adesso fa retromarcia sulla dichiarazione di appartenenza e sposa le tesi di Alexander Langer, signori, vi siete inciucciati e ne pagherete le conseguenze.

Chi ci sta ad osservare non sa più nemmeno se quando parla il cons. Denicolò parlano i Verdi o se quando parlano i Verdi parla il cons. Pöder o se quando parla il cons. Pöder parla il cons. Seppi, non si capisce più nulla!

Grazie signori, ma le cose sono in questi termini, avete dato una dimostrazione di inciucio che è al di là di ogni grazia divina.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Pöder.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich weise zuallererst in Richtung des Kollegen Seppi diese Beleidigung zurück, dass wir in irgendeiner Form etwas mit den Positionen der interethnischen Kräften gemeinsam hätten. Das ist wirklich eine tiefe Beleidigung. Die Jagdgesellschaft mit der SVP hat also diese Autonomiesäule unterminiert und wird sie in Zukunft zum Einsturz bringen. Es ist also gelungen, die SVP im Kreis dieser großen Allianz in diesem Regionalrat gegen die Grundprinzipien der Autonomie einzubinden, mit einigen Ausnahmen. Es ist leider Gottes ein Fakt, dass man dieses Gesetz dazu missbraucht hat, irgendwelche über Jahre hinweg verfolgten antiautonomiepolitischen Ziele zu verfolgen. Dass sich allerdings die SVP dazu hergegeben hat, ist - und ich muss es noch einmal sagen - bedauerlich, wenn nicht sogar beschämend für diese Partei, für die Autonomieväter in dieser Partei und für die Geschichte dieser Partei. Man hat damit die Wählerinnen und Wähler verraten, aber das ist nichts Neues. Das ist ein fortgesetzter Wahlbetrug wie er sich schon bereits in anderen Bereichen abgezeichnet hat, z.B. auch im Zusammenhang mit der Aussage vor den Wahlen, dass man die Region am liebsten abschaffen oder aushöhlen möchte. Und von dieser Aussage hat sich die SVP ja auch hochhoffiziell bereits mehrmals distanziert. Nun ist also dieser heutige Akt, dass man die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung unterminiert, eigentlich nur

eine gewisse konsequente Haltung der SVP gewesen und man dürfte eigentlich nicht überrascht sein, auch wenn ich schon überrascht bin, dass man diesen Schritt getan hat, denn es ist ja nur ein weiterer Mosaikstein in einer Abfolge von Aktionen und Aktivitäten, mit denen die SVP alle früheren Positionen in Sachen Volkstumspolitik, Autonomiepolitik und dergleichen über Bord geworfen hat. Man hat also, um politisches Kleingeld zu erhalten, der Aushöhlung eines wichtigen und ich glaube sogar zentralen, autonomiepolitischen Prinzips zugestimmt. Man hat also stattgegeben, dass man in Zukunft auch in allen anderen Bereichen, sich nicht mehr an dieses Prinzip der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu halten braucht. Nun ich weiß nicht, wie sie das dann in Zukunft ihren Wählern von Angesicht zu Angesicht erklären wollen und wahrscheinlich werden sie es nicht erklären; wahrscheinlich sind sie einfach damit zufrieden, dass sie halt das politische Kleingeld erhalten haben und dafür eine große politische Aktion der Autonomiegegner unterstützt haben. Wir glauben, dass jetzt noch die Chance bestünde, diesen Artikel 12 insgesamt zu stoppen und das ist eine Chance, die sie nützen sollten. Vielleicht kommen ja dem einen oder anderen doch noch Skrupel darüber, was er getan hat, wenn er sieht, wie groß die Freude eigentlich der interethnischen alternativen Kräfte und der Autonomiefeinde von links bis rechts über diese heutige Abstimmung, die sie ja mitgetragen haben, ist. Wenn man diese Freude ansieht, dann müsste ihnen ja ein Licht aufgehen, was sie getan haben, auch wenn sie natürlich noch von dem politischen Kleingeld geblendet sind, das sie offensichtlich erhalten wollen oder erhalten werden. Sie hoffen wahrscheinlich immer noch, dass dieses Gesetz verhindert wird und dass dann alles nicht so schlimm werden wird. Dann hat jeder seinen Teil erhalten und jeder hat seinen Teil des Vertrages eingehalten und Kollege Denicolò hat ja wiederholt durchblicken lassen, dass es ihm gleich wäre, ja eigentlich sogar recht wäre, wenn dieses Gesetz nicht zum Abschluss kommen würde. Nun das ist auch eine fragwürdige Position der Mehrheitspartei und einer Partei, die einer Regierungskoalition angehört, aber das ist eine Position, die dann diese Partei zu verantworten hat. Ich glaube nicht, dass wir ihnen den Gefallen tun werden, dieses Gesetz zu bremsen, zu verhindern wie gesagt. Sie werden die Suppe selbst auslöffeln müssen, die sie sich mit der Jagdgesellschaft gegen die Autonomieprinzipien eingebrockt haben.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Abg. Klotz, bitte.

KLOTZ: Wir haben zwar alle unsere Argumente gegen diese Schleusenöffnung bereits dargelegt, aber ich möchte noch einmal eindringlich davor warnen und die Kolleginnen und Kollegen der SVP – es sind nur wenige da, so dass das Interesse an diese autonomiepolitischen Grundsatzfragen nicht besonders groß zu sein scheint – davor warnen, hier eine derart unverhältnismäßig große Maßnahme bzw. Gefahr einfach so leichtfertig abzutun. Ich will erklären, was ich damit meine: Mehr oder weniger spürt man das ja schon seit Wochen, dass es in dieser Regionalregierung kriselt. Man hat den Eindruck, dass es der SVP in erster Linie darum geht, dass diese Regierung ja hält. Dafür ist sie bereit, Grundsäulen des Autonomiestatutes aufzugeben. Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam machen: Überlegt doch was ihr tut! Es kommt die eine

Regionalregierung nach der anderen und wenn diese fällt, gibt es genug Mandatare, die wieder bereit sind, die Regionalregierung zu bilden und das soll doch nicht eure erste Angst sein! Es gibt immer wieder genug Mandatare, die bereit sind, für irgendeinen Posten da oben gemeinsame Sache zu machen und ihre Grundsätze aufzugeben. In diesem Fall habt ihr den Grundsatz der Grünen durchgebracht. In diesem Fall unterstützt ihr etwas, was bis jetzt noch nie durchgegangen ist, weder hier noch im Südtiroler Landtag: eben die Idee des Zufallbringens der Grundsäulen des Autonomiestatutes.

Überlegt doch, was ihr da tut und was ihr aufgibt für dieses Linsengericht der Erhaltung der Regierung. Wenn ihr einmal abschätzt, was passiert, wenn dieser Präzedenzfall eben nicht ein Präzedenzfall bleibt, sondern beim nächsten Mal sich wieder so eine Situation ergibt, wie der Fraktionssprecher Denicolò es ja selber gesagt hat, und dann wieder „nur für dieses Mal“ eingefügt werden muss, wo kommen wir denn da mit einer solchen Logik hin? Das zeichnet ja den zukünftigen Weg förmlich vor und eine Ausnahme kommt dann nach der anderen. Irgendwann ist das dann die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Wir ersuchen und appellieren schon noch einmal an euch: überlegt doch was ihr tut, was ihr aufgibt und überlegt, was hier auf dem Spiel steht!

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Seppi zum Fortgang der Arbeiten. Bitte, Abgeordneter Seppi.

SEPP: Ritengo fondatamente che l'art. 12 ed il subemendamento presentato dalla SVP, siano del tutto falsati nella loro forma e nella loro sostanza. Le spiego perché. L'emendamento presentato dalla collega Kury cita due volte nel suo testo la data 1991, c'è un primo passaggio nel quale dice: "...decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752, come sostituito dall'art. 1 del decreto legislativo 1° agosto 1991, n. 253." Se io tolgo, come c'è scritto nel subemendamento, tutta la frase dopo la cifra 1991, ho tolto tutto il contesto nel quale si dice anche che vale solo per il 2000.

Signor Presidente, se invece vado a leggere il subemendamento che cita: "Tutta la frase dopo la cifra 1991 è sostituita, come segue:", lo posso inserire anche nella quarta alinea dell'ultimo periodo, che stravolge di fatto tutto il contesto, perché il passaggio nel quale si dice "con riferimento al turno elettorale generale che si svolgerà nell'anno 2000, i candidati che non hanno reso alcuna dichiarazione di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico in occasione del censimento...", significa che se viene considerato il 1991 sul primo passaggio questa vale per qualsiasi votazione che venga dopo, se invece consideriamo il 1991 nel secondo passaggio, significa che questo vale comunque, anche subemendato, solo per il 2000.

Quindi c'è un vizio di forma che ha cambiato di fatto la sostanza. Chiedo ufficialmente che venga invalidata la votazione, si ritorni in discussione sia dell'emendamento sia del subemendamento, chiaramente chiediamo anche che il presentatore del subemendamento, cons. Denicolò, specifichi a quale 1991 si riferisce. Grazie.

PRÄSIDENT: Die Techniker sagen mir, dass das in Ordnung geht, wie der Text formuliert ist; vielleicht ein bisschen unglücklich formuliert, aber inhaltlich in Ordnung. Darüber hinaus haben wir bereits abgestimmt und wir können nicht eine Abstimmung wiederholen, um ein anderes Ergebnis zu erzielen. Die Abstimmung gilt auf jeden Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Artikel? Keine mehr? Abgeordneter Seppi, bitte.

SEPPi: Signor Presidente, sull'ordine dei lavori. Come facciamo i tecnici o comunque coloro che sono tutori notai in quest'aula, a dire che non cambia sostanzialmente il discorso se mi riferisco al primo o al secondo 1991 non lo so, sta di fatto che se voi procedete in questa direzione, siccome cambia sostanzialmente, faccio ricorso immediatamente, perché è impensabile che inserire questo subemendamento nell'emendamento sulla prima data o sulla seconda data del 1991, non cambi la forma e la sostanza sia nell'emendamento che nel subemendamento! Mi dispiace, presenterò ricorso e ritengo che quella votazione che c'è stata è stata fatta su un emendamento o subemendamento che non corrisponde a quello che è stato posto in votazione. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es noch Wortmeldungen zum Fortgang der Arbeiten? Abg. Taverna, bitte.

TAVERNA: Condivido una parte dell'intervento del collega Seppi, non condivido la parte laddove il collega Seppi chiede l'invalidazione della votazione, la votazione non può essere invalidata perché non ricorrono i motivi per l'invalidazione, il problema esiste per quanto riguarda la definizione della norma, così come la norma è stata modificata a seguito dell'approvazione dell'emendamento.

Bisogna che sia chiaro che l'emendamento si inserisce nel contesto normativo tale da far emergere chiaramente la volontà del legislatore ed allora la volontà del legislatore deve essere evidenziata, relativamente al fatto che l'emendamento modificativo dell'emendamento principale sia rivolto nel senso che la manifestazione di volontà del legislatore appaia in modo chiaro e netto.

Allora il Presidente del Consiglio, al di là delle intenzioni del collega Seppi, il quale è libero di agire come meglio crede, dovrebbe far emergere prima della votazione che quella era la volontà del legislatore, in modo che l'interprete non possa aver dubbi circa la norma che è stata approvata.

PRÄSIDENT: Die Techniker sagen mir, aus der Logik heraus ergibt sich kein Widerspruch. Es ist also klar, was wir abgestimmt haben und deswegen ist es auch klar, dass diese Abstimmung Gültigkeit hat und wir jetzt über den Artikel 12 abstimmen.

Geheime Abstimmung ist verlangt worden. Ich ersuche um die Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	59
Jastimmen:	36
Neinstimmen:	18
Weißer Stimmzettel:	5

Somit ist der Artikel 12 genehmigt. Wir kommen jetzt zum Artikel 13.

Art. 13

(Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission - Überprüfung und Genehmigung der Kandidaturen)

01. Im einleitenden Satzteil des 1. Absatzes des Artikels 22 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden die Worte „innerhalb des Tages“ durch die Worte „innerhalb des zweiten Tages“, in Absatz 4 desselben Artikels wird das Wort „desselben“ durch die Worte „des zweiten Tages“ und in Absatz 5 wird das Wort „übernächsten“ durch die Worte „dritten darauffolgenden“ ersetzt.

1. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 wird in Artikel 22 Absatz 1 vor Buchstabe a) der nachstehende Wortlaut eingefügt:

"0.a) nachprüfen, ob die Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters sowie die Listen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds innerhalb der in Artikel 17 Absatz 1 vorgesehenen Fristen hinterlegt worden sind; sie weist diejenigen Kandidaturen und Listen zurück, die nicht innerhalb der genannten Fristen hinterlegt wurden und streicht die Unterschriften der Unterzeichner, die vor dem Anschlag der Liste an der Amtstafel gesammelt worden sind;"

2. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 werden in Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a) die Worte "die Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters sowie" gestrichen.

3. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 werden in Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe c) die Worte "die beim Präsidium des Landesausschusses hinterlegt wurden bzw." gestrichen.

4. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 wird in Artikel 22 Absatz 1 der Wortlaut unter Buchstabe d) durch nachstehende Worte ersetzt:

"d) feststellen, ob den Kandidaturen und den Listen, die mit dem Namen und dem Symbol einer Partei oder einer politischen Gruppierung gekennzeichnet sind, aus der bei den letzten Regionalratswahlen ein Vertreter für den Landtag der Provinz, der die Gemeinde angehört, oder auch für nur eine der beiden Kammern oder für das Europaparlament hervorgegangen ist, bzw. einer Partei oder einer politischen Gruppierung, die während der zum Zeitpunkt der Wahlausschreibung laufenden Legislaturperiode oder, bei gleichzeitiger Abhaltung der Parlamentswahlen bzw. der Regionalratswahlen und der Gemeindewahlen, während der Legislaturperiode, die jener vorausgeht, für die die Parlamentswahlen oder Regionalratswahlen stattfinden, auch in nur einer der beiden Kammern als Rats- bzw. Parlamentsfraktion vertreten war, eine vom Vorsitzenden oder vom Sekretär bzw. vom Leiter der Partei oder der politischen Gruppierung

auf Regional- oder Landesebene, bzw. von einer von ihnen mittels Mandat, das von einem Notar zu beglaubigen ist, beauftragten Person unterzeichnete Erklärung beigefügt ist, aus der hervorgeht, dass die Listen und die Kandidaturen im Namen und im Auftrag der Partei oder der politischen Gruppierung vorgelegt wurden; sie muss weiters feststellen, ob die Eigenschaft als Unterzeichner oder Mandatar im Falle von gesamtstaatlichen Organisationen von den entsprechenden nationalen Vorsitzenden oder Sekretären bzw. von den Leitern durch eine Bestätigung, oder, bei örtlichen Organisationen, mittels beglaubigten Auszügen aus den entsprechenden Ernennungsprotokollen nachgewiesen ist. Das Fehlen der Erklärung oder der Bestätigung, durch die die Eigenschaft als Unterzeichner oder als Mandatar nachgewiesen wird, bringt die Rückweisung der Kandidatur oder der Liste mit sich;".

5. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 werden in Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe e) nachstehende Worte eingefügt: „oder – bei Wahlen außerhalb des allgemeinen Wahltermins - die das Amt eines Bürgermeisters oder eines Gemeinderatsmitglieds bereits in einer anderen Gemeinde innehaben“.

6. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 werden in Artikel 22 Absatz 1 nach Buchstabe e) nachstehende Worte eingefügt:

„e bis) die Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters zurückweisen und die Namen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes streichen, falls sich erweist, dass die entsprechende Kandidatur nach der Hinterlegung laut Artikel 17 Absatz 1 angenommen wurde. Die nach Ablauf der Frist und innerhalb der Grenzen gemäß Artikel 17 Absatz 1 angenommenen Kandidaturen für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes bleiben in Ersatz derjenigen gültig, die auf die Kandidatur verzichtet haben;".

7. Aufgehoben.

8. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 wird in Artikel 22 Absatz 1 der Wortlaut unter Buchstabe g) aufgehoben.

8 bis. Im Buchstaben h) des Artikels 22 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden die nachstehenden Worte aufgehoben: „bzw. über die verbundenen Listen oder welche keine Angabe über die Bezugslisten im Sinne des Artikels 21 Absatz 1 Buchstabe c)“.

9. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 wird in Artikel 22 Absatz 1 der Wortlaut unter Buchstabe i) durch nachstehende Worte ersetzt:

"i) die Listen zurückweisen, die keine Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters vorlegen oder die keine Verbindung mit einer anderen Kandidatur im Sinne des Artikels 20 erklärt haben, ausgenommen die in den Gemeinden der Provinz Bozen bis zu 13.000 Einwohnern vorgelegten Listen;".

10. Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 werden in Artikel 22 Absatz 3 die Worte "mit jenen übereinstimmen, die im Sinne und für die Zwecke gemäß Artikel 20 Absatz 1 hergestellt wurden" durch die Worte "ausschließlich unter Listen hergestellt wurden, die denselben Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters unterstützen," ersetzt.

11. Aufgehoben.

Ich ersuche um die Verlesung des italienischen Textes.

Art. 13

*(Commissione o sottocommissione elettorale circondariale
Esame ed ammissione delle candidature)*

01. Nell'alinea del comma 1 e nel comma 4 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, tra le parole "entro il" e le parole "giorno successivo" è inserita la parola "secondo" e nel comma 5 del medesimo comma la parola "secondo" è sostituita dalla parola "terzo".

1. Prima della lettera a) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è anteposta la seguente:

"0 a) verifica che le candidature alla carica di sindaco e le liste dei candidati alla carica di consigliere comunale siano state depositate entro i termini previsti dal comma 1 dell'articolo 17; ricusa le candidature e le liste depositate al di fuori di tali termini e cancella le firme dei sottoscrittori raccolte prima dell'affissione della lista all'albo pretorio;"

2. Nella lettera a) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 le parole "le candidature alla carica di sindaco e" sono abrogate.

3. Nella lettera c) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, le parole "con quelli depositati presso la Presidenza della Giunta provinciale o" sono abrogate.

4. La lettera d) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è sostituita dalla seguente:

"d) accerta che le candidature e le liste contraddistinte con la denominazione ed il simbolo di un partito o di un gruppo politico che abbia avuto eletto un proprio rappresentante nel collegio elettorale provinciale del quale fa parte il comune con riferimento all'ultima elezione regionale, o anche in una sola delle due Camere o nel Parlamento europeo o che sia costituito in gruppo consiliare o in gruppo parlamentare anche in una sola delle due Camere nella legislatura in corso alla data di indizione dei comizi elettorali ovvero, in caso di contemporaneo svolgimento delle elezioni politiche o regionali con quelle comunali, nella legislatura precedente a quella per la quale vengono svolte le elezioni politiche o regionali, siano corredate da una dichiarazione, attestante che le liste e le candidature sono presentate in nome e per conto del partito o gruppo politico, sottoscritta dal presidente o dal segretario o dal dirigente regionale o provinciale del partito o gruppo politico, oppure da persona da loro incaricata con mandato autentificato da notaio; accerta, inoltre, che la carica dei sottoscrittori o dei mandanti sia comprovata con attestazione dei rispettivi presidenti o segretari o dirigenti nazionali, nel caso di organizzazione nazionale, oppure con estratti autentici dei relativi verbali di nomina, nel caso di organizzazione locale. La mancanza della dichiarazione o della attestazione che comprovi la carica dei sottoscrittori o dei mandanti comporta la riconsiderazione della candidatura o della lista;"

5. Nella lettera e) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, sono aggiunte le parole: "o che, in caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale, rivestono già la carica di sindaco o di consigliere in altro comune".

6. Dopo la lettera e) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è inserita la seguente:

"e bis) ricusa le candidature alla carica di sindaco e cancella dalle liste i nomi dei candidati alla carica di consigliere comunale, qualora la relativa candidatura risulti accettata dopo il deposito di cui all'articolo 17, comma 1. Rimangono valide le candidature alla carica di consigliere comunale accettate oltre il termine e nei limiti disposti dall'articolo 17, comma 1, in sostituzione di coloro che hanno rinunciato alla candidatura;"

7. Soppresso.

8. La lettera g) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è abrogata.

8 bis. Nella lettera h) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, le parole: "oppure l'indicazione delle liste di riferimento ai sensi dell'articolo 21, comma 1, lettera c)" sono abrogate.

9. La lettera i) del comma 1 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è sostituita dalla seguente:

"i) ricusa le liste che non presentano candidature alla carica di sindaco o non hanno dichiarato di collegarsi ad altra candidatura ai sensi dell'articolo 20, ad eccezione delle liste presentate nei comuni fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano;"

10. Nel comma 3 dell'articolo 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, le parole "corrispondano a quelli effettuati ai sensi e per i fini di cui all'articolo 20, comma 1," sono sostituite dalle parole "siano effettuati esclusivamente tra liste che appoggiano il medesimo candidato alla carica di sindaco,"

11. Soppresso.

PRÄSIDENT: Dazu gibt es einen Abänderungsantrag, Prot. Nr. 3066 eingebracht von der Präsidentin Cogo und anderen.

Änderungsantrag zum Artikel 13:

1. Der Absatz 01 wird gestrichen.

1. Il comma 01 è soppresso

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine, dann stimmen wir ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Beschlussfähigkeit? Wir zählen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei 1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen und 32 Jastimmen und gegebener Beschlussfähigkeit ist dieser Abänderungsantrag genehmigt.

Ein weiterer Abänderungsantrag eingebracht von der Präsidentin Cogo und anderen mit der Prot. Nr. 3203/5.

Änderungsantrag zum Artikel 13:

1. Der Absatz 1 wird gestrichen.

2. Der Absatz 6 wird gestrichen.

1. Il comma 1 è soppresso.

2. Il comma 6 è soppresso.

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine, dann stimmen wir ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Keine, dann ist er einstimmig angenommen.

Es liegt ein Streichungsantrag vor, mit der Prot. Nr. 3008/40 vom Abgeordneten Taverna.

Il comma 2 dell'art. 13 è soppresso.

Absatz 2 des Art. 13 ist aufgehoben.

Abgeordneter Taverna, bleibt das aufrecht? Zurückgezogen. Dann kommen wir jetzt zum nächsten Änderungsantrag mit der Prot. Nr. 3035/2, eingebracht von der Abgeordneten Kury und anderen.

Änderungsantrag Prot. Nr. 3035/2:

1. Im Artikel 13 wird nach Absatz 2 ein neuer Absatz 2 bis eingefügt:

2 bis. In Buchstabe b) von Absatz 1 des Artikels 22 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994 werden die Worte „...durch die Bescheinigung über die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe oder die Angliederung an eine solche...“ durch die Worte: „...durch die gleichlautend abgegebene Erklärung über die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe...“ ersetzt.

CHIODI: Emendamento all'art. 13, prot. n. 3035/2:

All'art. 13 dopo il comma 2 viene inserito un nuovo comma 2-bis:

2. bis. Nella lettera b) del comma 1 dell'art. 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, dopo le parole “dal certificato di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico” vengono sostituite dalle parole “dalla contestuale dichiarazione di appartenenza ad un gruppo linguistico.”

PRÄSIDENT: Gibt es dazu Wortmeldungen? Abgeordneter Pöder, bitte. Nein, vielleicht zuerst die Abgeordnete Kury als Einbringerin. Bitte, Frau Abgeordnete.

KURY: Ich bitte um Unterbrechung. Wir müssen nämlich gemeinsam mit den Fachleuten diesen Abänderungsantrag an die Form anpassen, die vorher im Artikel 12 genehmigt worden ist. Und zwar im Unterschied zu diesem Text muss man einfügen „oder“. Wir hatten ursprünglich vorgesehen, dass die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ersetzt wird. Jetzt aufgrund der Abänderung, die vorher eingebracht worden ist, müssen wir hinzufügen: entweder durch die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung laut Volkszählung oder durch die Erklärung, die im Augenblick der Kandidatur abgegeben wird. Das muss hinzugefügt werden, damit es übereinstimmt mit dem, was wir im Artikel 12 beschlossen haben. Es ist eine Sache von 5 Minuten.

Herr Präsident, ich entschuldige mich, dass ich nicht vorher daran gedacht habe und würde Sie ersuchen, inzwischen mit dem nächsten Artikel weiterzufahren.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

PÖDER: Ich bin nicht dafür, dass man mit dem nächsten Artikel fortfährt. Wenn die Umgestaltung dieses Antrages Zeit erfordert, dann wird das wahrscheinlich bis 13 Uhr dauern und deshalb sollte man die Sitzung erst nachmittags wieder fortsetzen.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Denicolò, Sie haben das Wort.

DENICOLÒ: Ich schließe mich dem Vorschlag des Abgeordneten Pöder an. Ich mache aber den Vorschlag, dass aufgrund der entsprechenden Entscheidung des Regionalrates jetzt der Regionalausschuss bzw. die Techniker überprüfen, wo überall die entsprechenden Abänderungen einzubauen sind und dann die entsprechenden Anträge hier einbringen.

PRÄSIDENT: Diese Aufforderung geht an die zuständige Regionalausschusspräsidentin mit ihren Technikern, den Text entsprechend anzupassen und somit ist die Sitzung jetzt aufgehoben. Wir treffen uns wieder um 15 Uhr.

(ore 12.47)

(ore 15.00)

Vorsitz Vizepräsident Messner
Presidenza del Vicepresidente Messner

PRÄSIDENT: Ich bitte Platz zu nehmen und ich ersuche um den Namensaufruf.

CHIODI: *(segretaria): (fa l'appello nominale)*
(Sekretärin): (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet und wir fahren mit der Tagesordnung fort. Wir sind in Behandlung des Artikels 13, bzw. eines Abänderungsantrages von der Abgeordneten Kury, zu dem ein Ersatzantrag eingereicht worden ist, der allerdings noch nicht verteilt ist. Deswegen behandeln wir in der Zwischenzeit einen anderen Abänderungsantrag, den wir ohne weiteres behandeln können, da er den vorgelegten nicht impliziert.

Abänderungsantrag des Abgeordneten Taverna mit der Prot. Nr. 3016/3:

Die Absätze 3 und 4 des Artikels 13 sind aufgehoben.
I commi 3 e 4 dell'articolo 13 sono soppressi.

Kollege Taverna, wir sind in Behandlung des Abänderungsantrages mit der Prot. Nr. 3016/3. Möchten Sie das Wort ergreifen?

TAVERNA: Dal mio elenco risulta che gli emendamenti ai commi 3 e 4 soppressivi, sono identificati dal prot. n. 3008/41 e 3008/42.

PRÄSIDENT: In Ordnung, dann gilt dieser als zurückgezogen und es bleiben die beiden anderen aufrecht.

TAVERNA: Sì, rimangono in piedi i commi 3 e 4, prot. n. 3008/41 e 3008/42.

PRÄSIDENT: Dann kommt jetzt der Änderungsantrag mit der Prot. Nr. 3008/41:
Absatz 3 des Artikels 13 ist aufgehoben.
Il comma 3 dell'articolo 13 è soppresso.
Abgeordneter Taverna, bitte.

TAVERNA: Molto probabilmente i colleghi possono essere tratti in inganno e anche per ribadire, signor Presidente, che il comportamento del sottoscritto e di Alleanza Nazionale rispetto questa legge e limitatamente alla questione sulla quale abbiamo raggiunto un accordo nella giornata di ieri, a proposito delle norme che si riferiscono al deposito preliminare, a questo riguardo, nel mentre dichiaro che sono soddisfatto, perché è stato, a mio giudizio, realizzato un obiettivo importante di semplificazione per quanto riguarda le procedure delle elezioni comunali, in questa occasione ribadisco che non vi è nulla di particolarmente significativo a livello politico, perché questo è stato un obiettivo di contenuto tecnico e che non ha nulla a che vedere con accordi sottobanco, che il sottoscritto ha realizzato con la Presidente della Giunta.

Adesso vedo che solleva gli occhi al cielo il Vicepresidente Tarcisio Grandi, ma deve rendersi conto il Vicepresidente che si tratta di un accordo meramente tecnico, non so lei dà una lettura diversa da quella che io in questo momento sto cercando di illustrare, si tratta di un accordo tecnico per quanto riguarda la procedura preliminare per le elezioni e se c'è qualcuno che ha in mente qualcos'altro, o è così gentile da intervenire e spiegarci le proprie difficoltà a comprendere queste cose, sarò ben lieto di spiegarle.

Andando avanti, dichiaro che gli emendamenti ai commi 3 e 4, che sono soppressivi, si rivolgono nella direzione dell'accordo che ieri abbiamo realizzato.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Abänderungsantrag? Keine mehr, dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine, Stimmenthaltungen? Bei 5 Stimmenthaltungen und keiner Gegenstimme ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen zum nächsten Abänderungsantrag vom Abgeordneten Taverna mit der Prot. Nr. 3008/42, der wie folgt lautet:

Absatz 4 des Artikels 13 ist aufgehoben.

Il comma 4 dell'articolo 13 è soppresso.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Niemand, dann stimmen wir darüber ab. Wer mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen?

Bei zwei Stimmenthaltungen und keiner Gegenstimme ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zum Ersatzantrag zum Änderungsantrag Prot. Nr. 3035/2.

Ersatzantrag zum Änderungsantrag Prot. Nr. 3035/2:

Im Art. 13 wird nach Absatz 2 ein neuer Absatz 2 bis eingefügt:

2 bis. In Buchstabe b) von Absatz 1 des Art. 22 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3 werden nach den Worten: „...durch die Bescheinigung über die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe oder die Angliederung an eine solche...“ folgende Worte eingefügt: „...oder durch eine gleichzeitig mit der Kandidatur abgegebene Erklärung über die Sprachgruppenzugehörigkeit laut Art. 21 Buchstabe c.“

CHIODI: Emendamento sostitutivo dell'emendamento prot. n. 3035/2:

All'art. 13 dopo il comma 2 viene inserito un nuovo comma 2-bis:

2. bis. Nella lettera b) del comma 1 dell'art. 22 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, dopo le parole “dal certificato di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico” vengono aggiunte le parole “o dalla contestuale dichiarazione di appartenenza ad un gruppo linguistico rilasciata ai sensi dell'art. 21, lettera c).”

PRÄSIDENT: Möchte die Einbringerin den Ersatzantrag erläutern? Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

KURY: Nur ein Wort. Es ist eine technische Anpassung an das, was wir heute Vormittag anlässlich des Artikels 12 beschlossen haben. In dem Augenblick wo auch Ad-hoc-Erklärungen bei der nächsten Gemeinderatswahl möglich sind, ist bei der Annahme der Kandidatur also auch als Dokumentation nicht mehr notwendig, dass eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung laut Volkszählung abgegeben wird, sondern es besteht die Möglichkeit für jene Fälle, die die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nicht nachweisen können, diese Ad-hoc-Erklärung abzugeben. Im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung und die Festschreibung dieses Prinzips auch im Artikel 13, wo es um die Dokumentation geht.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Willeit.

WILLEIT: Brevemente. Ammetto che la materia non sia facile, quella attinente alla suddivisione del potere, dei finanziamenti, del lavoro di interesse pubblico fra i gruppi linguistici in provincia di Bolzano, ammetto anche che per qualcuno sia difficile comprendere la diversità delle realtà che abbisognano di questa distinzione, indipendentemente da statuti, da accordi di Parigi, eccetera. Almeno nello stilare le norme bisogna ben conoscere quel minimo di sostanza che sta sotto, c'è la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico, abbinata al censimento ogni 10 anni e c'è la possibilità di dichiararsi appartenente ad uno dei tre gruppi, accanto a questa possibilità vi è una quarta possibilità, già introdotta, già vigente, di aggregarsi ad uno dei tre gruppi da parte di coloro che non sono dichiarati.

Per cui non capisco come mai, andando ad adeguare i testi, qui si tralascia il passo relativo all'aggregazione, che pure c'è nella dichiarazione, cioè chi ha reso la dichiarazione nel 1991 è obbligato o a presentare la sua dichiarazione o a presentare la sua aggregazione del 1991, mentre chi ora

viene a dichiararsi ad hoc per le elezioni, basta che dichiari. Manca la quarta figura dell'aggregazione, signori.

PRÄSIDENT: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Conci Vicini.

CONCI VICINI: Grazie Presidente. Capisco che l'emendamento testé proposto dalla cons. Kury sia un emendamento di tipo tecnico, perché avendo votato il Consiglio l'emendamento precedente, questo va ad adeguare praticamente rispetto all'emendamento che è passato e quindi non entro tanto nel merito della struttura di questo emendamento, perché credo che sia un adeguamento tecnico, che doveva essere fatto per permettere una coerenza legislativa.

Questo emendamento mi da modo di entrare nel merito di un altro problema, avrei voluto intervenire prima, ma qui a volte la traduzione è più lenta rispetto alle parole del Presidente, quindi non ci viene dato modo di chiedere la parola, quando la cons. Kury ha chiesto la votazione pensavo che chiedesse di intervenire, quindi sono stata in un certo senso scavalcata. Quindi se non c'è in contemporanea la traduzione, spesso non è possibile capire cosa sta succedendo e quindi non si riesce ad intervenire.

Dicevo questo per dire che approfitto di questo emendamento per intervenire invece sul contenuto di questa questione, che è il discorso che si è dibattuto questa mattina, quello della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico.

Non voglio chiaramente intervenire per destrutturare una questione che in questi anni si è andata formulando in questi termini, che però ho sempre inteso, non vivendola sulla mia pelle, perché non abito in Alto Adige, ma vivendola dal di fuori, l'avevo sempre vista come uno strumento, quella della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico, che permetteva la pacifica convivenza, che era un elemento anche di democrazia e soprattutto di tutela delle minoranze, però da un po' di tempo a questa parte mi sta sorgendo un dubbio, perché questa questione viene fuori spesso su una serie di questioni, che poco hanno a che fare con questo o che pure al posto di essere strumento di pacifica convivenza, di democrazia, di tutela delle minoranze, spesso viene utilizzato come strumento di potere, di selezione, di schedatura, di riserva di poltrone.

Credo che davvero se tutto questo non viene visto invece alla luce di un meccanismo, che deve essere un meccanismo di tutela e non invece un meccanismo asservito alla tutela del potere di chi governa, allora credo che non funzioni più e porterà sicuramente sempre più avanti un discorso di conflittualità invece di favorire la pacifica convivenza tra minoranze o tra persone appartenenti a gruppi linguistici o etnici diversi, oppure uno strumento nelle mani di chi ha il potere, per favorire l'accaparramento di poltrone, oppure anche uno strumento di schedatura e di selezione delle persone, che poco ha a che fare con criteri di libertà e di democrazia e di pacifica convivenza.

Credo che questo, al di là dell'emendamento che è di tipo tecnico, sia invece, rispetto ai contenuti, significato che io personalmente do a questo strumento.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Pöder.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich weiß nicht, ob der Fraktionssprecher der SVP diesen Abänderungsantrag durchgelesen hat. Ich glaube, dass sich damit ein großes juridisches Problem eröffnet und zwar jenes, dass es die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung überhaupt nicht mehr für eine Kandidatur braucht bzw. dass auch wenn jemand eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat, dann trotzdem eine Ad-hoc-Erklärung abgeben kann, denn es ist in dem Moment nicht überprüfbar, ob er eine reguläre Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung bei der Volkszählung abgegeben hat. Das heißt also: wenn ich 1991 eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben habe und im Jahr 2000 mit dieser Bestimmung kandidiere, dann könnte ich - ohne diese Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung beim Bezirksgericht abzuholen und den Unterlagen beizulegen - eine Ad-hoc-Erklärung abgeben und natürlich etwas ganz anderes erklären als in der ursprünglichen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Im Prinzip heißt das auch mit dieser Abänderung sowie mit der anderen Abänderung, dass man je nach Belieben eine Ad-hoc-Erklärung abgeben kann oder nicht. Es stand zwar vorhin in der Abänderung der SVP dann noch die Präzisierung drinnen, dass wenn jemand keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat, dann eine Ad-hoc-Erklärung abgeben kann, doch ist es in diesem Falle nicht überprüfbar, ob er diese Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat.

Ich stelle fest, dass man hier einem Prinzip zustimmt, aufgrund dessen die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung für diese Kandidatur überhaupt nicht mehr nötig ist und das wird hier speziell mit dieser Änderung noch unterstrichen. Denn es heißt zwar die Bezirkswahlkommission muss feststellen, ob die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung beiliegt oder eine Ad-hoc-Erklärung beizulegen ist. Nun habe ich als möglicher Kandidat die Möglichkeit, eine Ad-hoc-Erklärung abzugeben oder die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, unabhängig davon was ich bei der Volkszählung getan habe oder nicht getan habe. Ich halte das für einen sehr sehr schwerwiegenden Fehler, den man hier macht, unabhängig von all dem, was wir vorhin bereits im politischen Bereich gesagt und nicht zu Ende diskutiert haben. Ich halte das für einen schweren juristischen, formellen Fehler, dass man jemandem die Möglichkeit einräumt, bei der Wahl etwas völlig anderes zu erklären als bei der letzten Volkszählung mit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Nirgends ist festgeschrieben oder festgehalten bzw. festgestellt, wie man denn nun verifizieren kann, ob jemand wirklich keine Zugehörigkeitserklärung abgegeben hat. Es ist meines Erachtens nach nicht feststellbar und es kann auch niemand überprüfen, weil niemand die Möglichkeit hat, für jemand anderen beim Bezirksgericht eine Zugehörigkeitserklärung einzufordern. Diese Einschränkung, die bereits vorhin gemacht wurde, ist völlig unsinnig gewesen, weil sie nichts ändert und diese Erweiterung, die jetzt gemacht wird, bedeutet, dass jemand unabhängig von dem, was er bei der letzten Volkszählung getan hat, eine Ad-hoc-Erklärung abgeben kann.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Seppi. Er hat das Wort.

SEPP: Grazie signor Presidente. Vorrei chiedere alla Presidente della Giunta, Margherita Cogo, come considera personalmente il fatto della obbligatoria necessità, da parte di un candidato, di doversi dichiarare appartenente ad un gruppo linguistico, quando in cuor suo non ha alcuna intenzione di farlo e poniamo pure che questo candidato sia una persona figlia di un padre tedesco e di una madre italiana o viceversa e poniamo pure che questo abbia già creato, all'interno della famiglia di appartenenza di questo candidato, dei grossi problemi psicologici e delle grosse situazioni, magari anche di conflittualità che hanno coinvolto tutto l'assetto familiare.

Perché delle norme anticostituzionali, delle norme contro il 'Diritto', delle norme contro quelli che sono l'uguaglianza e la parità di diritti fra le comunità e fra gli uomini, debbano pretendere l'etichettatura e la schedatura etnica di una persona che vuole candidare ad un'elezione, non di un ergastolano, che ha cinque omicidi sulle spalle e si debba decidere se è appartenente o meno a coloro che devono andare all'ergastolo o a coloro che avranno la grazia o la pena di morte, no, di un cittadino lavoratore, di un cittadino che paga le tasse, di un cittadino che ha tutti i diritti di tutti gli altri cittadini o che presume di averli, fino a quando uno statuto di autonomia, con delle abominevoli norme come questa non glieli ha tolti e ed a questo punto questo cittadino vuole candidare, ma non vuole appartenere né al gruppo etnico italiano, né al gruppo etnico tedesco, perché la mamma è italiana ed il papà è tedesco o viceversa!

Dott.ssa Margherita Cogo, lei che si è laureata quando io avevo appena cominciato a lavorare o quasi, lei ha qualche anno meno di me, comunque le sue esperienze di vita potrebbero essere assimilabili alle mie, cosa farebbe in questa situazione? E' un problema di coscienza, mi risponda lei. Pensiamo davvero che per un cittadino che lavora e mantiene dei figli ci sia bisogno di dichiararsi italiano o tedesco per avere una casa popolare? Pensiamo davvero che questo sia giusto, che questo persegua delle linee di diritto che possono essere considerate nel terzo millennio come civiltà? Lei pensa davvero che uno statuto di autonomia in Alto Adige sia uno statuto civile? E' questo che le voglio chiedere, perché devo fare appello alla sua sensibilità magari di madre se avesse un marito tedesco e le fosse arrivata a casa una lettera nella quale le chiedono: per cortesia, signora Margherita Cogo, dichiararsi se sua figlia è italiana o tedesca. Lei cosa farebbe?

Non le sto facendo un'opposizione politica, le sto ponendo il problema da un punto di vista umano e psicologico, cosa farebbe dott.ssa Margherita Cogo?

Tutti questi emendamenti che perseguono questo scopo e che hanno forse l'intenzione di ammorbidirlo un po' di annacquarelo per darlo in pasto a qualcuno, non è l'annacquamento del diritto che porta il diritto, il 'Diritto' c'è o non c'è, non esistono sistemi trasversali, dilungabili nel tempo e nello spazio o nel liquido o nel gas, per far passare per valido ciò che valido non è fondamentalmente.

Questo ruolo che lei avrebbe in maggioranza per far capire ai suoi alleati di governo quali sono determinate linee di principio, le dovrebbe portare avanti, perché questo è il ruolo che le compete, le dovrebbe portare avanti specialmente nella scuola politica da cui lei proviene, che è diversa dalla mia, ma che sicuramente in questo delle affinità le deve avere, almeno dal punto di vista umano. Grazie signor Presidente.

PRÄSIDENT: Gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Ersatzantrag? Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Presidente, stiamo toccando, con l'emendamento che i colleghi Kury ed altri hanno convenuto con la Giunta regionale, una questione di cui già si è dibattuto nel precedente articolo, che venne riproposta, seppure in toni minori, in questa. A me pare, vorrei formulare anch'io una domanda alla maggioranza, che sia la Presidente della Giunta, la collega Kury che mi diano risposta, che la questione ha una grande rilevanza, non tanto dal punto di vista del diritto, perché è a tutti noto, è stato già ricordato in altri interventi che questa è una previsione contenuta nello statuto e quindi addirittura rango costituzionale, fra parentesi faccio peraltro presente ai colleghi che avranno certamente già colto che dal 1972, allorquando è stata scritta questa norma, ad oggi, penso che gli scenari dal punto di vista politico, anche proprio dal punto di vista dell'Europa dei popoli siano profondamente mutati, quindi rappresento fortemente una grande perplessità di legittimità costituzionale di questa norma, che prevede la dichiarazione di appartenenza, ma dicevo che oltre ad avere una rilevanza dal punto di vista del diritto, secondo me ha una grandissima rilevanza dal punto di vista del buon senso e della libertà dei cittadini d'Europa.

Già i colleghi Seppi e Conci si sono addentrati su questa riflessione, che hanno svolto bene, su cui non mi cimento, dico soltanto questo: se stiamo qui tante volte strappandoci le vesti, sensibilità che si riconoscono nel suo partito. Amo ricordare il carissimo amico Alex Langer, con cui ho vissuto parecchi dibattiti anche su temi importanti, il quale a suo tempo, con grande coraggio e con una pertinente coerenza, aveva dichiarato a scopo provocatorio di appartenere al gruppo linguistico ladino; veramente in termini provocatori, facendo capire l'incongruenza di una norma di questo tipo: Passati quasi 30 anni dall'approvazione del secondo statuto di autonomia, aggiungo di forte perplessità dal punto di vista della legittimità costituzionale.

Se la sensibilità di Langer, che provocatoriamente aveva dichiarato la propria appartenenza al gruppo linguistico ladino e che aveva una sensibilità giuridica non comune, soprattutto aveva una grande capacità di lavorare su questa Europa dei popoli, aveva portato allora a fare questa dichiarazione di appartenenza, chiedo alle colleghe Kury e Zendron quali sono state le ragioni che vi hanno portato a sottoscrivere un emendamento di questo tipo, che rappresenta non un livello di mediazione, perché la mediazione fa parte della politica, ma un livello di compromesso che così basso non si poteva raggiungere.

L'amico Langer si sta rivoltando nella tomba, collega Kury, perché di fronte a queste cose penso che proprio per quelle che sono le linee portanti

della politica del vostro gruppo dei verdi, penso si stia davvero rivoltando nella tomba.

L'esempio che poco fa ha portato alla ribalta il collega Seppi, penso che in Alto Adige si verifica di frequente giovani che hanno un padre tedesco, una madre italiana e viceversa. Ci vogliamo mettere in testa l'imbarazzo, anche dal punto di vista del portato culturale di una proposta di questo tipo, di una norma che la sostiene, che fra l'altro è statutaria, l'imbarazzo di questi giovani di scegliere a quale tipo di gruppo linguistico addivenire, allorquando ormai per loro, italiano, tedesco, ladino, spagnolo è qualcosa che va dopo la cittadinanza europea. Voi che tante volte su altri temi vi siete giustamente impegnati, vi siete anche stracciati le vesti per sottolineare questa cittadinanza europea, per parlare di diritti di cittadinanza eccetera e lei sa quanto mi ritrovo su questi ragionamenti, venite a portarci un emendamento di tal fatta che penso contraddica pienamente, prima ancora che dal punto di vista giuridico dal punto di vista del buon senso, le ragioni che hanno portato molte volte, anche davanti alla pubblica opinione, a sostenere tante tesi.

PRÄSIDENT: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu diesem Ersatzantrag? Die Abgeordnete Kury hat das Wort.

KURY: Ich will hier bestimmt keine Zeit verlieren, aber kurz antworten, weil mich jetzt Herr Morandini direkt angesprochen hat. Ich möchte schon so höflich sein, ihm eine Antwort zu geben. Ich möchte mich aber vorher noch an den Kollegen Pöder wenden und auch den Herrn Morandini bitten, zu berücksichtigen, dass gerade vorher, gestern und heute Vormittag für den Kollegen Pöder und für Frau Klotz mit diesem Antrag die Welt untergeht. Sie haben wahrscheinlich die Wortwahl gehört, die Kollege Pöder gewählt hat; es geht offensichtlich für einen Teil der Südtiroler Bevölkerung bereits mit diesem Passus, den sie als ungenügend empfinden - und ich kann ihren Gedankengang sehr wohl nachvollziehen - die Welt unter.

Ich möchte zuerst dem Abg. Pöder noch etwas sagen, weil er behauptet, mit dieser Regelung, die hier vorgeschlagen wird, kann sich jeder in jedem Augenblick erklären wie er will. Ich muss hier ganz einfach einen Irrtum aus der Welt räumen, den Herr Pöder offensichtlich nicht bedacht hat. Bei allen Legislaturen z.B. bei jener, in der wir uns gerade befinden, ist es für alle, die wir uns hier befinden und anlässlich der Kandidatur zur Regionalratswahl 1998 nach der Regelung, an der Abgeordneter Pöder so strikt festhalten will, ohne weiteres möglich, eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abzugeben, und ohne weiteres möglich, uns im Jahr 2001 anders zu erklären. Alle 10 Jahre ist es per Gesetz, per Volkszählung vorgesehen, dass ich wählen kann. Im diesem Augenblick, Herr Pöder, wäre es für mich möglich mich als Ladinerin zu erklären, mit den entsprechenden Veränderungen der Landesregierung. Wenn Sie das für die Gemeinderatswahl 2000 verlangen, wäre es für alle jene, die eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung laut Volkszählung abgegeben haben, möglich, sich im Jahr 2000 mit dieser Erklärung zu präsentieren und im Jahre 2001 sämtliche Gemeindeausschüsse durcheinander zu bringen, weil sie sich anders erklären. Das lässt jene Regelung zu, die Sie mit Händen und Füßen verteidigen. Unsere Regelung ist hier tatsächlich konsequenter, nämlich

sie sagt: in dem Augenblick, in dem Leute kandidieren wollen, erklären sie sich, um das Südtiroler System nicht durcheinander zu bringen. Und darüber könnten wir parallel diskutieren, ob das ein gutes oder schlechtes System ist, aber momentan akzeptieren wir es. In dem Augenblick, in dem jemand kandidiert, legt er eine Erklärung vor und diese Erklärung behält er 5 Jahre bei. Ich denke, das ist sehr wohl konsequenter und sogar stabiler für die Zusammengehörigkeit.

Nun zwei Wort zu Herrn Morandini. Ich glaube, es ist fast auf den Tag genau her, wo da draußen Alexander Langer gesessen hat und als Bittsteller zu den einzelnen Partei gegangen ist und gesagt hat, warum ändert ihr bitte nicht die Norm; ich möchte in meiner Heimat als Bürgermeister kandidieren? Das ist 5 Jahre her und es war in diesem Saal nichts zu machen. Wir haben versucht die Norm zu verändern und es war heftiger Widerstand von allen Seiten. Nun sind wir 5 Jahre später leider Gottes mit den traurigen Zwischenfällen, die sich daraus ergeben haben, ein kleines Schritchen in die richtige Richtung gegangen. Es ist ein kleiner Schritt, aber ich denke im Jahre 2005 wird es möglich sein, im Sinne eines europäischen Zusammenlebens hier entspannter über die nächsten Schritte zu reden. In der Zwischenzeit müssen wir uns mit diesem Schritt begnügen.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Denicolò. Sie haben das Wort.

DENICOLÒ: Kolleginnen und Kollegen!

Ich müsste mir eigentlich erwarten, dass der Regionalausschuss hier in der Lage ist, zu dieser Frage eine klare juristisch begründete Antwort zu geben. Es geht um folgende Fragen und ich schließe mich der Fragestellung an, die Abgeordneter Pöder aufgeworfen hat. Wer bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2000 kandidiert und gemäß vorliegender Wahlordnung eine entsprechende Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung mit abzugeben hat, die er 1991 im Zusammenhang mit der Volkszählung beim Bezirksgericht abgegeben hat oder immerhin hinterlegt hat, muss sie holen und vorlegen. Die Frage, die hier aufgetaucht ist, ist: wie kann die Behörde, die diese Kandidaturen überprüft, feststellen oder feststellen lassen, ob dieser Kandidat oder diese Kandidatin überhaupt eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben haben, wenn sie erklären ich habe keine abgegeben und sich auf diesen Artikel beziehen, der da einfach sagt: diejenigen die 1991 keine entsprechende Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben haben und diejenigen aus diesem Personenkreis, die jetzt kandidieren wollen und die als Kandidaten durchgekommen sind, haben eine gültige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung für die Dauer des Mandats abzugeben. Nun ist hier die Frage, ob diese von uns für eine ganz spezielle Zielgruppe hier verabschiedete Norm nicht verallgemeinert werden kann, instrumentalisiert von jedem, der sagt, ich habe keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben. Kann man das überprüfen? Kann man als Wahlbehörde das Bezirksgericht auffordern, das offen zu legen oder nicht? Kann ich die Kandidatin oder den Kandidaten zwingen, diese Tatsache, dass er es nicht erklärt hat, nachzuweisen, bzw. ob es stimmt oder nicht? Diese Frage wurde hier aufgeworfen und ich hoffe schon, dass ich deutlich genug war.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Taverna? Ja, dann später. Jetzt kommt Frau Abgeordnete Klotz, Herr Abgeordneter Pöder für eine Minute und dann Abgeordneter Urzì. Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Diese Frage zur Überprüfbarkeit dessen, was ihr am Vormittag genehmigt habt, heißt also, dass für diejenigen welche 1991 anlässlich der allgemeinen Volkszählung keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben haben, gleichzeitig mit der Erklärung über die Annahme der Kandidatur eine Ad-Hoc Erklärung abgegeben werden muss, unabhängig von der Tatsache, ob die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben wurde oder nicht.

Die Frage, ob das dann überprüft wird, hat mit unseren Grundsatzeinwänden nichts zu tun, Frau Kury. Für uns ist der Antrag, der bereits durchgegangen ist, ein Präzedenzfall. Dazu haben wir erklärt, dass er kein Präzedenzfall bleiben wird, sondern eine ganze Reihe von Folgen haben wird. Dann wird nicht nur eine Ad-hoc-Erklärung im Zusammenhang mit der Kandidatur 2000 möglich sein, sondern das wird auch auf andere Bereiche übergreifen und damit die Volksgruppenzugehörigkeit als solche zu Fall bringen. Das war unser grundsätzlicher Einwand und unsere grundsätzliche Angst. Das was dann hinzukommt hat im Grunde eine andere sehr gewichtige Dimension. Wir sagen, wenn das nicht überprüfbar ist, ob er eine abgegeben hat oder nicht, dann kann im Grunde jeder mit einer Ad-hoc-Erklärung kommen und dann erübrigt sich die Volksgruppenzugehörigkeitserklärung auch. Aber noch etwas dazu: er kann dann im Grunde erklären was er will. Bisher ist derjenige ausgeschlossen worden, der die Sprachgruppenerklärung nicht eingereicht hat. Niemand hat kontrolliert, doch wer sie nicht gebracht hat, der ist einfach ausgeschlossen worden.

Was Sie von Alexander Langer sagen, ist umso schlimmer, denn er als Jurist hat genau gewusst, welche die Voraussetzungen sind. Wenn Sie nun sagen, er ist herumgegangen, die Parteien zu betteln, hat das sicher nicht für ihn gesprochen und das hat ihn eigentlich damals unglaublich gemacht. Ich hätte das nicht erwähnt, aber Sie haben Alexander Langer und sein damaliges Verhalten erwähnt, dass ihn als Jurist disqualifiziert hat. Was Sie hier sagen ist eine ganz andere Sache: der Gemeinderat wird 2000 gewählt, wird zusammengesetzt, so wie jeder seine Sprachgruppenerklärung bringt und in jedem Fall bleibt die Zusammensetzung des Gemeinderates erhalten, weil das ja nicht anders möglich ist. Selbstverständlich könnte einer im Jahr 2001 anonym eine andere Erklärung abgeben, aber das ist ja sowieso immer der Fall. Das ist ja auch bereits bis heute der Fall gewesen, dass einer nach 10 Jahren eventuell um von den Teilen zu profitieren, die einer bestimmten Volksgruppe zustehen, sich anders erklärt hat und das war ja bisher auch schon so. Hier aber mit der Ad-hoc-Erklärung, die möglicherweise nicht nachprüfbar ist, ob einer im Jahre 1991 eine abgegeben hat oder nicht, öffnen Sie dem Opportunismus noch einmal die Türen. Natürlich, denn die anonyme Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung 2001 bezieht sich dann auf die Berechnung des Proporztes und so weiter, aber für die Gemeinderatszusammensetzung ist die jetzt für die Gemeinderatswahlen

abgegebene ja auf jeden Fall für die ganze Zeit des Mandates gültig. Ihr Einwand ist eigentlich nicht relevant, aber unsere Frage ist relevant. Es ist bis jetzt nirgends geschrieben, dass irgendwo übergeprüft werden muss, dass er tatsächlich keine Sprachgruppenerklärung abgegeben hat. Wenn das nicht geklärt ist, dann werden und könnten Sie alles Ad-hoc-Erklärungen haben und dann ist das Ganze sowieso ad absurdum geführt. Das ist die Frage hier.

PRÄSIDENT: Herr Pöder, Sie haben für eine Minute das Wort. Bitte.

PÖDER: Die Frage wird geklärt werden müssen, ob es nicht verifizierbar ist und ob es stimmt, dass wenn jemand keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung bei der Volkszählung abgegeben hat, dann im Jahre 2000 bei den Gemeinderatswahlen sich mit einer Ad-hoc-Erklärung als Deutscher erklären kann und dann 2001 bei der Volkszählung als Italiener und dann 2005 bei der Gemeinderatswahl als Ladin und 2010 bei der Gemeinderatswahl wieder als Deutscher und 2011 bei der Volkszählung wieder als Ladin oder sonst was. Das ist dann das Prinzip, das mit ihrer Regelung völlig ad absurdum geführt wäre, und zwar wenn nicht überprüft werden kann, ob jemand die Wahrheit sagt, dass er die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung nicht abgegeben hat.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Urzì. Sie haben das Wort.

URZÌ: Grazie Presidente. Vorrei soffermarmi su una considerazione strettamente di carattere politico e quindi astratta rispetto al passaggio che stiamo discutendo e che questo Consiglio dovrà approvare o censurare. La considerazione di carattere politico che voglio aggiungere, come contributo al dibattito che sinora qui in quest'aula si è svolto, è la seguente: sono in parte sorpreso da un atteggiamento dimostrato in quest'aula e quindi senza voler entrare nel merito delle questioni da parte di alcune forze politiche che presenti a pieno titolo, perlomeno si presumerebbe, nella maggioranza di questo Consiglio regionale, quindi della maggioranza politica che sarebbe chiamata a convalidare scelte politiche, ammette alzando le mani come non ha alcun titolo per condividere, nell'ambito di questa stessa maggioranza, delle scelte che invece essa ritiene necessarie e doverose.

Mi riferisco alla componente verde di questa maggioranza regionale, che sta dimostrando in queste ultime settimane un atteggiamento piuttosto contraddittorio e anche estremamente pericoloso, parlo esplicitamente di gioco delle tre carte, perché si assiste ad un duplice ruolo della componente verde in Consiglio regionale, che non fa altro che creare confusione nell'ambito degli equilibri che sono costituiti in questo Consiglio, ma anche per quanto attiene al rapporto che questa istituzione dovrebbe avere con l'opinione pubblica.

Ho sentito dire dalla collega Kury, alla quale rinnovo tutta la mia stima per la forza morale che lei esprime nello svolgimento delle proprie funzioni, che riconosco, però ho sentito dire, questo è un piccolo passo nella giusta direzione, adesso senza entrare nel merito delle questioni, perché altri colleghi si sono a lungo soffermati e con maggiore precisione, condivido anche molte delle valutazioni fatte, però mi domando se questo piccolo passo nella giusta direzione possa essere considerato un passo utile, necessario e

doveroso per dare senso e forza all'azione politica di questa maggioranza, o mi chiedo se invece non sia una soluzione arrangiata, che serve a crea ulteriore confusione, non serve a chiarire esattamente quella che è una linea politica, che dovrebbe essere chiara, ma evidentemente non lo è, di questa maggioranza e serve a creare delle situazioni sulle quali alcuni dei colleghi si sono già soffermati con una serie di contraddizioni molti difficile da sciogliere.

Mi chiedo se parte di questa maggioranza non sia una parte di maggioranza a libertà vigilata e mi pare che lo sia e quando qualcuno traccia questa immagine, molto forte dell'ex deputato Langer, che si rigira nella tomba, forse ha ragione di farlo, perché effettivamente mi pare che alcuni dei passaggi che si tenta di introdurre stridono completamente anche con una tradizione politica, che i Verdi hanno sino ad oggi espresso, ma quando stavano all'opposizione, oggi molte cose sono cambiate, questo va sottolineato, perché va ricordato anche come pochi giorni ed io ho avuto un brivido, un sussulto, ho avuto l'occasione di leggere sui giornali e lo dico con tutto il rispetto che oggi ho tentato di dimostrare, ho sentito dire dall'assessore Zendron che votava a favore di una riforma, ma era di fatto contraria e comunque si riservava successivamente di intraprendere i passi necessari a contrastare questo tipo di riforma, o comunque intervenire e poi modificare l'assetto di questa riforma proposta in Giunta regionale.

Questo è il paradosso, si vota a favore per votare contrario, si dice di sì per mantenere il posto, ma di fatto si esprime una posizione contraria. Parlo esplicitamente di gioco delle tre carte e concludo, signor Presidente, non c'è un'azione politica chiara da parte della maggioranza e alcune forze componenti di questa maggioranza ci stanno, ma evidentemente per ragioni che devono essere ancora tutte sondate in questa maggioranza, perché mi pare che anche le soluzioni che vengono proposte non sono di fatto per nulla condivise, non sono la condizione migliore, sono un piccolo passo nella giusta direzione, ma i piccoli passi, se non sono i giusti passi che portano alla giusta soluzione dei problemi, evidentemente non sono la soluzione migliore, rispetto alla quale noi si possa dare anche un sostegno costruttivo, ampio e totale.

Per questo rinnoviamo la nostra astensione, un'astensione che altri, evidentemente per questioni di tempo, giustificcheranno in maniera più ampia. Grazie.

PRÄSIDENT: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Frau Cogo.

COGO: La dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico può essere rilasciata dal cancelliere allo stesso dichiarante, qualora ne facesse richiesta, oppure all'autorità giudiziaria. Il tutto rientra però nel fatto che uno dichiari o meno la verità, se non dichiara la verità è un falso in atto pubblico e come tale è perseguibile dalla legge, per cui incappa in un reato. Il codice penale ci garantisce rispetto a quello che stiamo facendo oggi, è tutto nell'ambito di questo. Grazie.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abg. Taverna. Abgeordneter Taverna, Sie haben das Wort.

TAVERNA: Grazie signor Presidente. Innanzitutto una questione preliminare. Noi stiamo discutendo un emendamento che è conseguenza della approvazione dell'art. 12, emendato dall'emendamento sottoscritto dalla maggioranza, sul quale emendamento il gruppo di Alleanza nazionale ha ritenuto di astenersi, come si asterrà anche su questo emendamento. E' una discussione tardiva, perché questo emendamento è conseguenza dell'approvazione dell'art. 12, se non fosse stato approvato l'art. 12 questo emendamento non avrebbe avuto alcun senso, perché l'emendamento non viene che a realizzare la procedura, altrimenti la procedura sarebbe stata monca.

Signor Presidente, Alleanza Nazionale esprime la posizione ufficiale che ho l'onore di dichiarare, circa la nostra posizione, coerentemente assunta da sempre, circa la nostra ferma opposizione alla realizzazione in Alto Adige e ovunque dello Stato basato sulla perpetua e irrevocabile situazione delle gabbie etniche, non solo, ma noi sosteniamo, come abbiamo sempre sostenuto, che in realtà si tratta eventualmente di differenziazione di natura squisitamente linguistica ed è bene ancora una volta ribadire questo principio. Non vi è una differenza di popolo o di etnica, ma vi è una differenza di lingua.

Allora, se così è, collega Morandini, le esprimo tutta la mia soddisfazione e gratitudine per le parole che lei ha dichiarato nel suo intervento, perché quando si appella alla civiltà, perché la norma ce l'ha insegnata anche la chiesa, anche un Papa è intervenuto, le minoranze hanno il diritto di pretendere l'integrazione, le minoranze non possono predicare la differenziazione e le gabbie etniche, perché questo va contro la natura delle cose. Allora siamo per l'integrazione dei gruppi linguistici, non delle etnie, perché noi saremo anche per l'integrazione delle etnie, quando nella concertazione della volontà politica per la realizzazione dell'Europa unita, allora sì siamo per l'integrazione delle etnie, ma nel caso dell'Alto Adige siamo per l'integrazione dei gruppi linguistici e quando diciamo che siamo per l'integrazione vogliamo riaffermare un principio di civiltà giuridica e di moralità, perché non possiamo stabilire in modo fittizio perennemente ed eternamente la differenziazione, quando invece dobbiamo lavorare per l'integrazione.

Questi sono i principi fondamentali, dopo di che ha perfettamente ragione il collega Urzì, quando afferma che ci troviamo nella condizione di assistere ad una penosa vicenda, che riguarda la maggioranza, nella quale la componente verde cerca di ricostituire una verginità che ha perduta da tempo, perché qui o si lavora sul piano dei principi e questi principi vanno difesi anche quando si è in maggioranza, oppure la difesa dei principi è una difesa meramente strumentale ed i principi si difendono quando non si ha paura di perdere la poltrona e perdere posizione di potere.

Allora i Verdi, se veramente i Verdi vogliono con questo atteggiamento perpetuare la loro politica, che è una politica di fiera opposizione alla logica delle gabbie etniche, i Verdi devono avere il coraggio, qualora non riescono da un punto di vista della loro incidenza nell'ambito della maggioranza della Giunta, a conquistare posizioni che loro idealmente hanno sempre sostenuto, ma che in questo momento soltanto sventolano come fumo negli occhi di coloro che stanno distrattamente a seguire questo dibattito, oppure

constituiscono classicamente la posizione di chi come Ulisse, attraverso il cavallo di Troia, voleva espugnare posizioni che loro sanno benissimo non in grado di espugnare.

A questo punto la logica vuole, che se i verdi sono seriamente convinti di questa affermazione di principio, devono lasciare immediatamente i banchi della maggioranza e della Giunta e dimostrare in questo modo che la loro battaglia è coerente e credibile e non soltanto in questo modo conquistano la verginità che invece perderanno se si impegnano su una battaglia di retroguardia ed è una battaglia che serve soltanto per giustificare, ancora una volta, agli occhi dell'opinione pubblica e dei propri elettori che loro sono lì per contare qualcosa, invece sono convinto che sono lì soltanto per servire il gioco della SVP, perché altrimenti la SVP li avrebbe già da tempo scaricati.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Seppi, ich gebe Ihnen das Wort aber zum Fortgang der Arbeiten, weil Sie bereits 5 Minuten zur Sache geredet geredet. Zum Fortgang der Arbeiten? Bitte, Abgeordneter Seppi.

SEPP: Non merita di più di una richiesta sull'ordine dei lavori di questo genere, rivolta alla Presidente Margherita Cogo. Quando lei ha detto che la dichiarazione fatta ad hoc agli uffici preposti deve non essere mendace, mi spieghi cosa vuol dire "non mendace", quando un diciannovenne figlio di un'italiana e di un tedesco cosa deve dichiarare per non essere mendace? Deve rispondere a questa domanda, perché questa domanda la pone di fronte ad una situazione alla quale lei deve rispondere Presidente!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Seppi, Sie haben nicht zum Fortgang der Arbeiten geredet. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abg. Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.

Was wir hier heute aufführen, ist schon ein bisschen eine merkwürdige Diskussion. Man sieht die Veränderung der Mehrheiten in der Koalition bzw. in der Zusammensetzung der Koalition, die eine andere ist als in der Vergangenheit. Sie hat ihre Probleme damit, einerseits Prinzipientreue zu wahren und auf der anderen Seiten einen politischen Handel durchzuführen, der die Glaubwürdigkeit nicht gänzlich den Bach hinuntergehen lässt. Wir haben ein Prinzip heute Vormittag schon aufgegeben und jetzt versucht man es halt so gut wie möglich zu verkaufen, dass es eben nicht ein Abgang von Prinzipien ist. Was hier teilweise gesagt wird, sind alte Diskussionen, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufgeführt worden sind.

Eines muss ich einfach ganz klar zurückweisen, ich bin ja nicht in der Regierungspartei, aber man holt alte Hüte heraus, wie z.B. die ethnischen Käfige. Man soll doch bitte einmal zur Kenntnis nehmen, dass dieses System in Südtirol eigentlich auch den Frieden gewährleistet hat, dass es gut war und dass es gedacht war als Wiedergutmachung eines historischen Unrechtes. Das möchte ich einmal ganz klar und deutlich sagen und ich stimme halt nicht mit dem Chor jener überein, die hier persönliche Rechte mit Füßen getreten sehen. Wenn der Minderheitenschutz funktionieren soll, braucht er klare Spielregeln und diese klare Spielregeln geben wir jetzt auf. Ich kann ja mit

einem lachenden Auge zuschauen, wenn die Region ausverkauft wird, aber ich bin nicht bereit zuzuschauen, dass die Minderheitenrechte mit ausverkauft werden und das geschieht hier nämlich. Man tut so als ob das überhaupt nichts Besonderes wäre.

Kollege Taverna, Integration für eine Minderheit bedeutet in letzter Konsequenz Assimilation. Vergessen Sie das nicht. Sie werden es nicht verstehen, aber für eine Minderheit ist es so. Es gibt internationale Rechtsexpertisen und Beispiele zur Genüge, wo es auch geschehen ist. Da lassen wir uns nicht Rauch in die Augen blasen und das ist überhaupt keine Diskussion. Ich weigere mich einfach so teilnahmslos zuzuschauen, als ob es hier um banale Dinge ginge. Die Frage, die über die Kontrollierbarkeit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung aufgeworfen worden ist, ist natürlich nicht gelöst und die lässt sich nicht lösen. Sie lässt sich nicht lösen, weil einerseits die Zugehörigkeitserklärung anonym ist und andererseits eine Voraussetzung ist, damit man kandidieren kann. Aber dann kann ich sie – wie es Abgeordneter Pöder gesagt hat – in einer relativ kurzen Zeit zweimal ändern. Die Frau Präsidentin Cogo hat schon Recht, wenn ich etwas Falsches erkläre, kann ich auch strafrechtlich verfolgt werden, aber das kommt ja nicht auf. Es ist ja nicht überprüfbar. Deshalb hat man hier etwas unterschrieben oder abgestimmt, über dessen Tragweite man sich wahrscheinlich nicht bewusst war. Das wäre schlimm genug, aber doppelt so schlimm, wenn man es trotzdem tut und weiß.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Denicolò, Sie reden zur Sache? Zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DENICOLÒ: Danke, Herr Präsident.

Tatsache ist, dass an diesem Punkt ein schwerwiegendes Problem im Zusammenhang mit dem aufgetaucht ist, was wir - und jetzt möchte ich es wirklich so definieren - im gutem Glauben hier auch entsprechend vorgetragen und begründet haben.

Ich sage es noch einmal: wenn das, was der Regionalrat beschlossen hat, nicht überprüfbar ist, also dass diejenigen Personen, die 1991 keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben haben, im Zusammenhang mit der Kandidatur eine Erklärung abgeben, die Gültigkeit hat wenn sie durchkommen, aber nicht überprüfbar ist, so muss jetzt bitte bevor wir weitergehen rechtlich überprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, diese Erklärungen zu überprüfen. Zum Beispiel, wenn jemand erklärt: ich habe diese Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung 1991 nicht abgegeben, dass diese Erklärung von jenem Amte bestätigt werden kann, bei welchem er die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung hätte abgeben müssen. Ist so etwas möglich oder nicht? Deshalb ersuche ich jetzt die Sitzung für 45 Minuten zu unterbrechen, um diese Sache wirklich zu prüfen. Es hat hier keinen Sinn so weiterzugehen, denn die Antworten sind nicht überzeugend.

PRÄSIDENT: Sie ersuchen also um eine Unterbrechung für 45 Minuten? Ist das wirklich notwendig für 45 Minuten? Nicht, dann unterbrechen wir jetzt die

Sitzung für eine halbe Stunde. Die Sitzung wird dann also in 30 Minuten wieder aufgenommen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(ore 16.09)

(ore 16.46)

PRÄSIDENT: Wir sind bei Behandlung des Ersatzantrages zum Abänderungsantrages. Gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Ersatzantrages? Keine mehr? Keine, dann stimmen wir ab. Namentliche Abstimmung? Wer ist dafür? Das sind genügend. Ich ersuche um den Namensaufruf.

CHIODI: Andreolli (*si*), Andreotti (*si*), Atz (*non presente*), Baumgartner (*ja*), Benedetti (*si*), Berasi (*si*), Berger (*ja*), Bertolini (*no*), Boso (*no*), Casagrande (*si*), Chiodi-Winkler (*si*), Cigolla (*si*), Cogo (*si*), Cominotti (*non presente*), Conci-Vicini (*no*), Cristofolini (*si*), Dalmaso (*si*), Delladio (*astenuto*), Dellai (*si*), Denicolò (*ja*), Di Puppò (*si*), Divina (*no*), Durnwalder (*ja*), Feichter (*non presente*), Fontana (*non presente*), Frick (*non presente*), Giovanazzi (*non presente*), Gneccchi (*si*), Grandi (*non presente*), Grisenti (*si*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Kasslatter verh. Mur (*ja*), Klotz (*nein*), Kofler (*ja*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Lamprecht (*nein*), Leitner (*nein*), Levegghi (*non presente*), Lo Sciuto (*si*), Magnani (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Molinari (*non presente*), Morandini (*no*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Perego (*non presente*), Pinter (*non presente*), Plotegher (*astenuto*), Pöder (*nein*), Pürgstaller (*ja*), Santini (*astenuto*), Saurer (*ja*), Seppi (*non partecipa al voto*), Stocker (*nein*), Taverna (*astenuto*), Thaler Hermann (*ja*), Thaler geb. Zelger (*ja*), Theiner (*ja*), Tretter (*non presente*), Urzì (*astenuto*), Valduga (*non presente*), Willeit (*no*), Zendron (*si*).

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	55
Jastimmen:	37
Neinstimmen:	11
Stimmenthaltungen:	6

1 Abgeordneter hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Somit ist dieser Abänderungsantrag angenommen. Alle anderen Abänderungsanträge sind verfallen oder zurückgezogen. Wir kommen jetzt zum so abgeänderten Artikel 13. Wer möchte zu diesem Artikel 13 das Wort ergreifen? Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ: Es stellt sich natürlich die Frage, warum hier ohne Erklärung dieser Änderungsantrag angenommen worden ist und so in diesem Artikel integriert worden ist. Die SVP wird es selbst zu verantworten haben. Ich selber habe eher

den Eindruck, hier hat sie nach dem Motto gehandelt „Augen zu und durch“ oder „Wer A sagt, soll auch B sagen“. Damit verstrickt sie sich allerdings mehr und mehr in ihre eigenen Fußangeln, die sie sich selbst gelegt hat, vor allem aus Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit. Wir haben gesagt, wir werden kämpfen, dass dies jetzt nicht passiert, dass also diese Aushöhlung der Grundsäulen der Autonomie nicht stattfindet. Aber demokratische Abstimmungen müssen zur Kenntnis genommen werden.

Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen und mich wundert es, dass man hier nicht einmal eine Erklärung abgibt, vor allem auch für die eigenen Leute, die vielleicht hoffentlich auch noch den einen oder anderen Zweifel hegen, ob man das juristisch hinterfragt hat, ob man es noch einmal überprüft hat, ob man irgendwo eine Sicherheitsklausel einbaut oder etwas anderes. Auf jeden Fall muss man besorgt sein über eine solche Art der Gesetzesarbeit in diesem Regionalrat und man muss besorgt sein über diese Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, wie sie hier an den Tag gelegt wird. Offenbar ist der SVP inzwischen ganz egal was passiert nach dem Motto „Augen zu und durch“.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist Abg. Pöder. Sie haben das Wort, Abgeordneter Pöder.

PÖDER: Danke, Herr Präsident.

Die Jagdgesellschaft setzt ihre Treibjagd fort und ist dabei, die Beute zu erlegen. Man hat also einem Prinzip zugestimmt, dass an Lächerlichkeit und an Absurdität nicht mehr zu überbieten ist. Es kann sich also im Mai 2000 - sofern dieses Gesetz bis dahin in Kraft tritt - jemand mit einer Ad-hoc-Erklärung als Italiener erklären, obwohl er 1991 eine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat, die aber nicht verifizierbar ist. Dann kann er 2001 bei der Volkszählung sich als Deutscher erklären und 2005 bei der Gemeinderatswahl hat er die Möglichkeit entweder die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung von der Volkszählung 2001 vorzulegen oder wieder eine Ad-hoc-Erklärung einzureichen, in der er sich dann als Ladiner erklärt. 2010 bei der nächsten Gemeinderatswahl hat er wieder die Möglichkeit, entweder von 2001 die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung vorzulegen oder wie gesagt wieder eine Ad-hoc-Erklärung, in der er wieder etwas anderes erklärt, weil es nicht verifizierbar ist und auch die ganzen Queruntersuchungen in diesem Fall nicht mehr möglich sind. 2011 bei der nächsten Volkszählung kann er dann wieder irgendeine Volksgruppe angeben. Das ist eine Lächerlichkeit, an handwerklicher juridischer Unsauberkeit und an amateurhafter juridischer Arbeit nicht mehr zu überbieten. Das Prinzip der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ist entgültig ad absurdum geführt und ist im Prinzip über Bord geworfen und das muss man ehrlich als einen sehr traurigen Tag für die Autonomie Südtirols bezeichnen. Andererseits wenn es nicht so traurig wäre, müsste man ja lachen über die Lächerlichkeit dieser Bestimmung, der hier die SVP zugestimmt hat.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Abg. Willeit, bitte.

WILLEIT: Presidente, prendo la parola soltanto perchè non abbiamo sentito nulla circa la questione che ha fatto interrompere la seduta, nessuno ha ritenuto necessario dare qualche spiegazione. Ritengo di essere rispettoso della libertà di ciascuno, rispettoso della dichiarazione di appartenenza o meno di ciascuno, sono addirittura a favore ad allargare la partecipazione alla gestione pubblica, non soltanto ai membri della comunità europea, ma anche ad altri che partecipano comunque alla vita della società, dico, per esempio, lavoratori che già da anni si trovano in un comune, anche se non si tratta di una candidatura al consiglio, ritengo sia utile coinvolgerli nella gestione della amministrazione comunale.

Voglio ribadire, la posizione di questa gente non può prescindere da quella degli appartenenti alla comunità, non può prescindere dai rapporti sociali del lavoro, dell'abitazione, della cultura e così via, non è immaginabile un mandato elettivo in comune, indipendentemente dagli altri rapporti, dunque anche nella dichiarazione di appartenenza occorre rispettare la giusta figura, che è proprio la figura di quanti non sono dichiarati e quella dell'aggregazione.

Mi dispiace che ciò non sia stato fatto, perchè era quello il modo di procedere corretto.

PRÄSIDENT: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Abg. Seppi.

SEPPI: Quando nella vita ti prefiggi di avere non un nemico da un punto di vista fisico, ma un nemico da un punto di vista politico, perché questo nemico è colui che odia il diritto, l'ordine costituzionale delle cose, è colui che odia la parità di diritti e colui che vuole procedere la divisione fra gabbie etniche della gente, la miglior soddisfazione che puoi avere è di vedere, anche se non del tutto sconfitto, il nemico ridicolizzato, perché la forma migliore di disprezzo nei confronti del nemico è di riuscire a ridicolizzarlo, a renderlo soggetto di sollazzo da parte di tutti coloro che hanno voglia di riderci sopra, anche se il problema effettivamente è più da piangere che da ridere.

In quest'aula, in questa discussione, abbiamo ottenuto questo scopo, di ridicolizzare la dichiarazione di appartenenza etnica e la conseguente mancanza di risposte precise da parte della Presidente della Giunta, lei non è in grado di rispondermi, perché è cuscinetto a sfera in un gioco di potere più grande di lei e neanche da un punto di vista umano è in grado di darmi delle risposte.

Il collega Pöder, da tutt'altro punto di vista del mio, ha già ridicolizzato sufficientemente la posizione della SVP, perché la SVP così ridicola come oggi non l'ho mai vista, esiste la possibilità di una dichiarazione mendace nel momento stesso in cui la dichiarazione stessa è una menzogna al diritto! Esiste la possibilità di dichiararsi quello che si vuole, in qualsiasi momento, perché non è verificabile? Perché non siamo purtroppo, come vorrete voi purtroppo e per fortuna come dico io, con la pelle bianca o la pelle nera come in Sudafrica, in cui era molto facile schedare la gente! Per fortuna abbiamo tutti la stessa faccia e lo stesso sangue.

Allora è evidente che la menzogna nella dichiarazione di appartenenza etnica, non solo invito a non farla, ma coloro che devono farla la facciano! Vorrei che in Alto Adige, per spaccare questo meccanismo infernale

che è la proporzionale, tutti si dichiarassero tedeschi, così il meccanismo si inceppa e ritorniamo tutti a capire quello che è il diritto e che le necessità della gente e le vere istanze sociali non si possono ottenere solamente perché ci si è dichiarati da una parte o dall'altra.

Quindi i passaggi di questa legge, che sono dovuti alla proporzionale, sono il ridicolo in cui questa classe politica dirigente è caduta, siete caduti in basso, siete caduti ad un livello che dà l'esatta misura dell'ilarità quando la Presidente della Giunta si alza e dice: attenzione, non si possono fare dichiarazioni mendaci. Allora le torno a fare la domanda, glielo chiedo per cortesia, le mando un mazzo di rose rosse, ma lei mi deve rispondere come si deve dichiarare uno che è figlio di una madre tedesca e di un padre italiano per non essere menzognero. Questo lei mi deve dire Presidente Cogo, altrimenti significa solamente che fa parte di un teatrino nel quale è inserita e non vorrei riprendere il discorso del cons. Boso di questa mattina, ma lei mi deve rispondere!

Siccome lei testualmente ha detto che non bisogna essere menzogneri, mi deve dire cosa deve dichiarare un ragazzo di 18 anni, figlio di padre italiano e di madre tedesca o viceversa, per non essere falso. Questo me lo deve dire, perché vogliamo saperlo dal massimo ordine istituzionale qui rappresentato cosa deve fare uno in questa situazione, poi quando lo avrà detto sicuramente tutti i cittadini si appresteranno a fare quello che lei intenderà, ma lei lo deve dire, perché i limiti della falsità e della menzogna, se non li sappiamo, non possiamo capire quali siano e non lo possono nemmeno capire decine di migliaia di cittadini italiani arrabbiati, perché per avere una casa devono dichiararsi, arrabbiati perché quando hanno un bisogno sociale all'edilizia agevolata devono iscriversi in una categoria diversa, in cui la media ponderale del loro bisogno personale è considerata con la media ponderale del bisogno di quel gruppo, ma siamo impazziti Presidente della Giunta!

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Artikel? Abgeordneter Morandini, bitte.

MORANDINI: Per esprimere innanzitutto amarezza, perchè al quesito di fondo, posto da alcuni colleghi in maniera estremamente puntuale, non è stata data risposta. Questo quesito era molto pertinente ed aveva un rilievo profondamente pratico. Ho appena sentito da un collega che sarà data risposta e sarò particolarmente attento a questa risposta, il quesito è noto a tutti e su questo non mi soffermo.

Facci presente, signori colleghi, che quando si discusse circa il famoso dato dell'interesse nazionale, che è uno dei limiti posti oggi allo svolgimento della competenza legislativa primaria, sia alle competenze legislative delle province autonome che della regione, ci fu un grosso dibattito ed intervennero sia la Corte costituzionale, sia autorevolissima dottrina, cito per tutti il consigliere di Stato Enzo Regio Daci, il quale, come voi sapete, ha scritto un bellissimo trattato sui lineamenti storici e giuridici statutari del Trentino Alto Adige, i quali entrambi, Corte costituzionale e dottrina, affermarono che la difesa della minoranza italiana in Alto Adige era assurta ad interesse nazionale.

Allora è chiaro che io faccio questo ragionamento, velocissimo anche perché il tempo non mi consente di andare oltre, perché evidentemente quanto qui oggi ascoltiamo e l'emendamento che poco fa l'aula ha approvato a maggioranza con la votazione per appello nominale, secondo me va a stridere fortemente in questa direzione, come vi stride tutto quanto sta alla base di quell'emendamento.

Allora se ci sono ragioni di diritto che militano nel senso che diciamo, ci sono anche ragioni di buon senso, mi chiedo se abitassi in Alto Adige molti cittadini vivono questa situazione e avessi contratto matrimonio con una donna di madrelingua tedesca o viceversa, come faccio ad orientare i miei figli nel senso della dichiarazione di appartenenza? Badate che questo, signori, voi che su altri versanti avete giustamente sostenuto diritti di cittadinanza europei e internazionali e mondiali, eccetera, va a stridere fortemente e dico, con tutta la stima che posso avere nei confronti della collega Kury e torno a dirlo, perché di queste cose con Langer ne parlai espressamente, in un dibattito pubblico a Bolzano e dico che se qui ci fosse il compianto Alex Langer, delle due l'una, o vi avrebbe espulso o vi espellerebbe dal gruppo dei Verdi, oppure voi dovrete espellere lui, perché con l'emendamento che è stato approvato poco fa e che avete convenuto con la maggioranza, state disattendendo principi su cui avete impostato la vostra politica.

Allora se questo è il prezzo della maggioranza, che ricade su migliaia di cittadini altoatesini e la difesa della minoranza italiana in Alto Adige ha interesse nazionale di rilievo giuridico e quindi è uno dei limiti di interesse nazionale, è uno dei limiti posti allo svolgimento della competenza primaria in tutti e tre gli enti autonomi, allora da questo punto di vista l'invito ad una profonda riflessione, per questo sono profondamente perplesso, su questo articolo e sul contenuto che va assumendo e attendo la risposta al quesito di fondo, che con molta pertinenza alcuni colleghi hanno posto con riferimento alla questione da essi sollevata.

PRÄSIDENT: Gibt es weitere Wortmeldungen? Abgeordneter Taverna, Sie haben das Wort.

TAVERNA: Grazie Presidente. Alcune brevi considerazioni sull'articolo, così come modificato dall'accoglimento dell'emendamento che vuole aggiornare la disciplina e renderla compatibile con l'art. 12 che abbiamo approvato nel corso della mattinata. Vorrei ancora una volta sottolineare il fatto che la materia conserva per noi un interesse prioritario, non solo perché noi vogliamo sostenere le ragioni della integrazione e non dello scontro, ma proprio perché la tutela della minoranza va realizzata nel quadro della sua integrazione, rispetto alla maggioranza. Allora, essendo questo sicuramente un principio, voi sapete cari colleghi che sui principi non sono ammesse le mediazioni e quindi la nostra radicata opinione va in quella direzione.

In questa circostanza, vale a dire quando si dibatte sull'art. 13, nel mentre abbiamo ribadito la portata della norma coerentemente con quanto abbiamo deciso rispetto al precedente art. 12, non può che essere così, vogliamo anche vedere, collega Morandini, al di là delle questioni di principio e al di là delle posizioni del collega che oggi non c'è più, anche leggere la reale

portata della norma, collega Morandini, perché qui tutto sommato, e vorrei che qualcuno mi dicesse che ho torto, questa innovazione la possiamo leggere come la vogliamo.

Alcuni hanno affermato che è un obiettivo importante, perché comprometta la solidità, il pilastro dell'autonomia, qualche collega si è espresso anche così, ritengo invece che viaggiamo molto al di sotto delle alte vette, collega Morandini, perché l'emendamento dei Verdi vuole realizzare una condizione immediata, molto concreta, quasi volgare, perché qui si tratta di salvare la posizione di qualche Verde, che avendo assunto una determinata posizione nel 1991, vuole essere recuperato per le elezioni del prossimo maggio, quindi è un'operazione di bottega, di partito, qui i principi non contano, non valgono e dietro i principi si possono consumare vili compromessi ed ogni sorta di nefandezza. Quindi starei molto cauto nell'affidare a questo articolo, come a quello precedente, un alto significato morale, non vi è nulla di morale, si tratta di recuperare qualche decina di candidati per i Verdi alle prossime elezioni, questo è il reale significato.

Allora non me ne vogliano le colleghe Verdi, questa non è una battaglia che voi volete portare all'interno della maggioranza della Giunta, di quale battaglia vi volete nobilitare? Questo è un interesse per recuperare qualche decina di candidati, questa è la verità e allora a fronte di questa situazione, per quanto mi riguarda, il voto all'emendamento assume il significato che abbiamo dato anche in relazione alle altre nostre espressioni di voto, proprio perché quello che rimane è quello che mi sono permesso di esprimere, certo con la durezza, ma quando si dice la verità alle volte si corre il rischio di essere duri e allora a me piace essere duro, perché sono chiaro.

Allora nell'ambito di questa situazione a ciascuno il suo, ai Verdi recuperare qualche decina di candidati nel prossimo appuntamento elettorale e la portata di questo articolo, come quello precedente, assume esclusivamente questo significato.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Die Präsidentin Cogo hat das Wort.

COGO: Presidente, vorrei chiarire meglio di quanto forse non ho fatto prima e precisare che innanzitutto il legislatore deve sempre fare le leggi pensando, ma non solo lui, tutti coloro che hanno responsabilità nella vita amministrativa e forse anche in quella giudiziaria, che ci si deve basare su un rapporto di fiducia con il cittadino, la presunzione di innocenza va data di sicuro. Poi abbiamo delle norme di attuazione che parlano chiaro a riguardo della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico e la norma di attuazione non è in discussione in questa sede, anche perché non è questa la sede competente, parla chiaro la norma di attuazione e dice che l'attestato di appartenenza, la certificazione se qualcuno ha fatto una dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico, questo tipo di dichiarazione può essere rilasciata o all'interessato stesso o dall'autorità giudiziaria qualora ne facesse richiesta e non si può rilasciare la dichiarazione di non aver fatto la dichiarazione di appartenenza.

Questa è la norma di attuazione e questa dobbiamo rispettare, così è sempre stato, dopo di che se qualcuno in maniera estremamente bizzarra e addirittura commettendo dei falsi in atto pubblico dice altro e cambia

strumentalmente posizione, allora qui incappa nel falso in atto pubblico che è un reato perseguito dal codice penale...

(interruzione)

COGO: Senta, ascolto sempre con attenzione ciò che lei mi dice e soprattutto in silenzio e per cortesia, qui siamo in un'assemblea legislativa e non è un tribunale, per cui la invito ad assumere i toni idonei a questa sala ed a non usare un linguaggio volgare come spesso accade ultimamente a lei ed al cons. Boso, trovo che sia inaccettabile usare termini non proprio civili in questa assemblea, per cui mi sento di doverla richiamare!

Dopo di che le dirò che le risposte alle domande che lei mi ha posto, non possono che essere nella direzione e nel rispetto anche delle norme del pacchetto, se vogliamo mettere in discussione quello non è questo che è in discussione, per cui tutta la sua domanda accorata, che mi sembrava molto di maniera, più che vera, evidentemente non posso risponderle diversamente che dal citarle tutte le norme del pacchetto a riguardo, perché è un problema veramente diverso e che esula da quanto stiamo dicendo oggi. Se qui vogliamo inventarci qualche cosa di diverso, sarebbe terribilmente pericoloso, ammonisco, come altri hanno fatto, al rispetto di tutte le leggi del codice civile, delle norme di attuazione e ancor di più del pacchetto.

Questo emendamento contenuto nell'art. 13 ognuno di voi lo legga come vuole, credo sia stato un atto di responsabilità molto grande da parte di questa assemblea legislativa averlo accolto, perché altrimenti si sarebbe anche rischiato di inficiare le prossime elezioni comunali.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab? Einen Moment, zuerst ist der Abgeordnete Pöder. Wozu? Sie haben noch Zeit. Bitte, Abgeordneter

PÖDER: Das ist keine große Sache. Es ist also festgehalten, dass es nicht verifizierbar ist, ob jemand die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat oder nicht, in dem Augenblick, in dem er die Erklärung abgibt. Er kann gewählt werden, er kann sein Mandat ausführen und es kann im Prinzip in dieser ganzen Zeit niemand feststellen, ob er nun wirklich eine richtige Erklärung oder ein falsche abgegeben hat. Es wird dem Zufall überlassen und das bei 1000 oder über 1000 Gemeinderatskandidaten. Das ist alles absurd, was Sie Frau Präsidentin sagen. Erlauben Sie mir diese Anmerkung. Es ist wirklich absurd, denn Sie wissen ganz genau, dass nirgends im Gesetz bestimmt ist, dass irgendjemand bei der Abgabe der Ad-hoc-Erklärung erklärt, dass er keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat. Das ist nirgends hervorgegangen. Sie können das dann natürlich auch irgendwo danach festlegen, aber das muss niemand laut Buchstaben des Gesetzes, denn er muss nicht erklären, dass er keine Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat und er kann deswegen nicht ausgeschlossen werden. Noch ein handwerklicher Fehler: Sie behaupten, dass das ganze nur für 2000 gilt. Das stimmt aber nicht. Es ist zwar in einem Artikel so bestimmt, aber in jenem Artikel, wo es um die Aufgaben der Bezirkswahlkommission geht, da ist keinerlei Zeitlimit und kein Jahr oder Limit

angegeben und somit gilt es selbstverständlich auch für alle Folgejahre. Dort steht ganz klar drinnen, die Bezirkswahlkommission hat die Aufgabe, das und das zu prüfen und wenn das und das nicht der Fall ist, muss der Kandidat ausgeschlossen werden. Das ist die Aufgabe der Bezirkswahlkommission und die wiegt sicherlich schwerer als jener Artikel, den wir vorhin besprochen haben. Im Artikel über die Aufgaben der Bezirkswahlkommission ist nirgends ein Zeitlimit festgeschrieben und daher ist es ganz klar, dass die Bezirkswahlkommission 2005 und 2010 ganz genauso verfahren muss wie 2000.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort in persönlicher Angelegenheit. Worin besteht die persönliche Angelegenheit?

SEPPI: Presidente, non accetto che la Presidente Cogo si possa rivolgere nei miei confronti dicendo che sono volgare, tutta l'aula è testimone che non sono volgare, forse alzo il tono della voce, perché il problema in questione mi sta particolarmente a cuore, come sta a cuore a tutti gli italiani dell'Alto Adige.

Signora Presidente, lei non può dire che sono volgare, eventualmente volgare è chi a delle precise domande, frutto di precise affermazioni fatte da lei non è in grado di rispondere, perché questa è un'offesa al diritto ed anche al diritto specifico mio, che davanti a una mia domanda ad una sua affermazione, lei non è in grado di rispondermi!

Conseguentemente io non sono volgare e poi non deve nemmeno rivolgere, lo faccio per il collega Boso che non appartiene al mio gruppo politico e siamo distanti anni luce, delle accuse a chi non è in aula e che non ha la possibilità di difendersi. Quindi ritengo assolutamente fuori luogo questo suo atteggiamento. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Urzì hat das Wort.

URZÌ: Grazie Presidente. Una annotazione a margine del dibattito che si è svolto va pur fatta riguardo alla dichiarazione della Presidente Cogo sulla necessità di accertare, laddove esistano ragionevoli dubbi, la veridicità di una dichiarazione svolta da parte di un cittadino che si dichiara di lingua italiana, tedesca o ladina. Questa veridicità, è già stato affermato anche un'altri contesti, non può essere attestata, a meno che non si presuma e sono anche convinto, Presidente Cogo, che nessuno in Giunta regionale intenda realmente questo, a meno che non si intenda prevedere l'esame del DNA se il DNA poi può essere in grado di dimostrare anche l'appartenenza ad un gruppo linguistico di un individuo, a meno che non si preveda questa specifica procedura, l'esame del DNA, fermo restando che l'esame del DNA possa essere utile a questo fine, credo che non possa essere previsto nessun tipo di accertamento sulla veridicità della dichiarazione di appartenenza ad un determinato gruppo linguistico.

Questo va detto con estrema chiarezza, Presidente Cogo, perché già nel corso del mio passato intervento non sono entrato nel merito della questione, sulla quale si è soffermato in maniera più dettagliata e significativa il nostro capogruppo Taverna e si sono soffermati diversi altri consiglieri in

maniera precisa, dettagliata, puntuale, sollevando ragioni che appartengono alla cultura cui si ispira il proprio gruppo politico, ma io mi soffermo su alcuni dettagli e mi auguro che loro vogliano accogliere questa mia osservazione con spirito di apertura, di volontà di confronto reale sui temi che intendo proporre, questo è un tema significativo e importante, perché probabilmente non ci saremo trovati a ragionare di questo se lei, Presidente Cogo, non avesse sostenuto affermazioni di questa portata in quest'aula.

Quindi rivendico per lei la piena autonomia di giudizio, rivendico per lei e difenderò la sua piena autonomia, la possibilità di sostenere le tesi che ritiene doveroso sostenere, la difendo, ma abbia la cortesia di voler accogliere delle osservazioni, delle perplessità pesantissime che da questi banchi si levano, riguardo le dichiarazioni che lei ha svolto, che non sono politiche, ma pesantissime sotto altri profili, per nulla politici, perché lei ha espresso valutazioni che non esito a definire inquietanti, nel momento in cui si sostiene che siamo pronti a verificare, al di là di quello che ha dichiarato Urzi al censimento del 1991, Urzi è realmente italiano, tedesco o ladino, che cosa intendete farmi, io non mi presterò mai a nessun esame del DNA, perché qualcuno possa sostenere per me se sono una cosa, l'altra o l'altra ancora. Io Sono quello che intendo essere e nel 1991 ho dichiarato una mia appartenenza ad un gruppo linguistico, perché esiste una norma che mi impone questo, questa norma mi impone la dichiarazione anche per presentarmi alle elezioni, altrimenti non avrei potuto essere qui a rappresentare le esigenze dei cittadini che mi hanno votato.

Allora non mi presterò a nessun esame del DNA, ma quello che va detto è che nemmeno l'esame del DNA potrà garantire il soddisfacimento delle richieste, delle curiosità che dai banchi della maggioranza si sono levate. Se uno dichiarerà una cosa non ci sarà nessun organismo al mondo che potrà verificare la veridicità dell'affermazione di quel tal soggetto, non esiste esame al mondo che lo possa fare, questa è una logica bosniaca, è una logica che noi misconosciamo, una logica che noi respingiamo e non vogliamo assolutamente condividere. Ciò non inquina assolutamente il nostro rapporto con le regole di questo gioco al quale anche noi ci prestiamo, in questa autonomia in cui noi ci riconosciamo denunciando un certo tipo di applicazione, ma riconoscendoci nelle regole che sono state dettate, non a caso chi siede su questi banchi e che è rappresentante della Provincia autonoma di Bolzano, tutti coloro che sono su questi banchi, Verdi compresi, hanno dichiarato l'appartenenza ad un gruppo linguistico, quindi hanno accettato le regole dell'autonomia appieno, come lo abbiamo fatto noi, dichiarandolo nei fatti, anche chi rispetto alle regole di una certa autonomia contrappone la forza dei principi, delle idee, la forza del concetto di libertà, che è estraneo a taluni.

Noi abbiamo accolto queste regole, sottostiamo a queste regole, ma vogliamo che queste regole sappiano sempre più aggiornarsi rispetto ad una realtà che sta modificandosi e che cambi soprattutto una cultura, che noi rivendichiamo con orgoglio, che è la cultura della libertà, dell'uguaglianza, dell'integrazione, del confronto e non la cultura della separazione razziale, della imposizione della patente razziale per ogni atto, in ogni situazione, in ogni momento storico. Noi vogliamo superare questo, chi è progressista in

quest'aula sta su questi banchi, non su quei banchi. Questo è un appello all'apertura dei cuori.

Io non sono entrato nel merito del passaggio legislativo che allora ci apprestiamo a votare, sono entrato nel merito delle affermazioni fatte a margine di questo dibattito, affermazioni che dimostrano - signora Presidente glielo dico con grandissima cortesia - una lontananza dalla conoscenza delle questioni che riguardano la comunità altoatesina, una indisponibilità al confronto, che viene dimostrata regolarmente in quest'aula dall'uscita da quest'aula della Presidente Cogo quando si parla di questioni che non coinvolgono, ma che invece dovrebbero essere affrontate, perché fa parte del confronto ascoltare anche le tesi di chi non si condivide e noi quante volte ci troviamo in questa condizione e accettiamo il confronto. Evidentemente non tutti la pensano come noi, da una parte chi crede nei valori della libertà, della democrazia, del confronto, dall'altra parte chi questi valori non li condivide appieno, che ha dentro di sé la cultura dell'affermazione con la forza dei numeri delle proprie posizioni.

Mai nessun esame riuscirà a dimostrare se un figlio di una famiglia mistilingue, padre italiano magari, padre bilingue, perché padre nato a sua volta da incrocio di famiglie di padri e madri a loro volta italiani e tedeschi, mettono al mondo un figlio che è la sintesi di culture diverse, certo questa autonomia, così come applicata, chiede a questi figli di mettersi un'etichetta, di catalogarsi, allora ben venga questa catalogazione se le regole lo impongono, ci mancherebbe altro, ma ben venga senza che qualcuno possa sostenere ed un giorno verificherò se tu hai detto il vero o il falso. Questo non lo potrà mai fare nessuno, il figlio di una famiglia mistilingue è costretto a dichiararsi se vuole godere dei benefici, per ottenere il riconoscimento dei diritti che in provincia di Bolzano vengono riconosciuti solo sulla base di una dichiarazione e di una schedatura etnica. Questo avviene solo se ci si dichiara, chi sta fuori dal sistema non accetta di poter svolgere una vita tranquilla, serena, regolare, perché non avrà diritto alla casa, al lavoro, a candidarsi, eccetera.

Questo è assolutamente vergognoso che ancora oggi accada in forma così rigida, perché i sistemi ed i correttivi possono essere introdotti a garanzia del mantenimento di un equilibrio e concludo, signor Presidente, però i correttivi per il mantenimento di questo equilibrio fra i gruppi linguistici possono essere previsti e devono essere garantiti, possono rimanere, ma evitando che si affermi questa cultura dell'indagine sin dentro nel cuore, sin dentro la colonna vertebrale per andare a scoprire quale germe ci ha partorito, se il germe italiano, tedesco o ladino.

Sono cittadino di questo paese, di questa regione, della provincia autonoma di Bolzano, sono cittadino europeo ed ho dovuto dichiararmi solo perché le leggi me lo hanno imposto, ma nessuno potrà mai dirmi se sono italiano, tedesco o ladino, forse sono tutte e tre le cose assieme.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Zuerst Abgeordneter Pöder zum Fortgang der Arbeiten.

PÖDER: Ich habe nur eine Frage, die nicht in diesem Zusammenhang steht. Wir haben am Dienstag vereinbart, dass wir am Donnerstag über eine eventuelle Nachtsitzung entscheiden und wir müssten das dann natürlich auch

aus Respekt gegenüber den Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig entscheiden. Werden wir das morgen entscheiden? Vor Sitzungsbeginn am Morgen im Rahmen einer Fraktionssprechersitzung oder vor Sitzungsbeginn am Nachmittag? Es sollte schon rechtzeitig sein, damit sich alle darauf einstellen können, nicht nur die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, sondern auch die Bediensteten des Regionalrates.

PRÄSIDENT: Ich hätte mir gedacht, dass wir noch die Vormittagsitzung von morgen abwarten und zu Beginn der Nachmittagsitzung etwa um dreiviertel 3 Uhr eine kurze Fraktionssprechersitzung einberufen, um zu sehen, ob es weitergeht und ob es noch einen Sinn hat, eine Nachtsitzung zu machen.

Abgeordneter Lo Sciuto, Sie haben das Wort.

LO SCIUTO: Pensavo fossero chiare e note le norme statutarie che regolano la dichiarazione di appartenenza, mentre poi la espressione usata dalla Presidente probabilmente ha generato qualche equivoco, per cui ho sentito i colleghi, anche quelli che mi hanno preceduto, di sforzarsi di dimostrare come non sia possibile molte volte dire a quale gruppo linguistico si appartenga, perché figli di genitori appartenenti a gruppi diversi.

Allora mi sorge il dubbio che probabilmente non si conosca la natura giuridica della dichiarazione di appartenenza, non serve portare questi esempi, la dichiarazione di appartenenza è una dichiarazione di volontà, non una dichiarazione di scienza, per cui anche due cittadini nati in Bosnia, ma che hanno acquisito la cittadinanza italiana dovranno poi fare la dichiarazione di appartenenza, non è una dichiarazione di scienza e quindi non c'è esame linguistico, non c'è DNA e nessun'altra cosa.

E allora probabilmente quando la Presidente ha parlato di una dichiarazione mendace forse si riferiva ad una dichiarazione difforme da quella resa al momento del censimento, oppure la dichiarazione contestuale si può rendere se non sia stata resa al momento del censimento ed allora dichiarare di non averla resa ed invece averla resa può determinare un caso di mendace, quindi forse era questa la cosa che voleva rilevare la Presidente, almeno voglio sperare che sia questa.

Voglio soltanto dire che l'emendamento presentato dalla SVP, ma anche dalle colleghe del gruppo Verde, non mi sono chiesto perché lo hanno presentato, non faccio processi alle intenzioni, anche a me non piace un sistema che lega l'esercizio di diritti ad una dichiarazione di appartenenza, ma tant'è la politica è l'arte del possibile e se non riesco a cambiare sistema e finché non riesco a cambiare sistema cerco di aprire margini, trovare fessure in cui inserirsi per far godere ai cittadini diritti che vengono negati, certo questo lo considero positivo, indipendentemente dalle motivazioni profonde che abbiano indotto un gruppo, in questo caso i Verdi o la SVP, di presentare questo emendamento ed in questo senso lo ho apprezzato.

Ribadisco e mi auguro che in prospettiva si possa superare queste cose, si possa essere cittadini di pieno diritto, di godere di tutti i diritti, indipendentemente da una dichiarazione di appartenenza, ma finché questo non avviene dobbiamo cercare in questo consesso di ampliare in qualunque

modo la gamma dei diritti di cui i cittadini possono godere ed in questo senso volevo motivare la mia astensione pur apprezzando l'iniziativa. Grazie.

PRÄSIDENT: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Frau Präsidentin Cogo, Sie haben das Wort.

COGO: Qua si metteva in discussione la lealtà del cittadino che voleva godere del diritto di elettorato passivo, si metteva in discussione questo tipo di comportamento corretto di questo cittadino, che non può essere messo in discussione nel momento in cui si va a legiferare, per cui mi riferivo soltanto a questa ipotesi che alcuni consiglieri avevano sollevato. Quindi se l'avesse fatta e poi dichiarava di non averla fatta ed in realtà l'aveva fatta, era soltanto questo che volevo mettere in discussione, su tutto il resto non mi sogno davvero di andare a fare congetture o altro, come paventato da alcuni, era ben lontana la mia intenzione.

Quindi mi riferivo soltanto ad episodi sollevati qui di comportamenti non corretti da parte di un cittadino, di aver fatto una dichiarazione prima e poi negare di averla fatta, null'altro.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ: Ich habe noch eine Minute Zeit. Was hier die Frau Präsidentin sagt, ist juristisch sicher nicht stichhaltig, denn sich auf die Wahrhaftigkeit der Bürger zu verlassen, ist eine Sache und was in einem Gesetz geschrieben ist, ist eine ganz andere Sache. Wir haben oft genug gesehen, dass das eine mit dem anderen leider nicht übereinstimmt und deswegen macht man Gesetze, Frau Präsidentin. Sonst bräuchten wir keine Gesetze. Wenn wir alle alles auf Treu und Glauben aufbauten, dann bräuchten wir keine Gesetze. Aus diesem Grund ist das was Sie hier zur Antwort geben eine so hilflose Verlegenheitserklärung, wie ich sie eigentlich noch nie als Antwort auf so begründete Zweifel gehört habe und infolgedessen kann ich mich wirklich nur über diese mangelnde Vertiefung der gesamten Materie wundern und muss noch einmal feststellen, es regiert glaube ich wirklich das Motto „Augen zu und durch“.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine mehr, dann stimmen wir über den Artikel 13 ab. Geheime Abstimmung? Ja, das genügt. Wir stimmen jetzt über den so abgeänderten Artikel 13 ab. Ich ersuche um die Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	54
Jastimmen:	39
Neinstimmen:	12
Weißer Stimmzettel:	3

Damit ist der Artikel 13 genehmigt. Wir kommen jetzt zum Artikel 14.

Art. 14

(Schutz traditioneller Listenzeichen)

1. Im Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen wird Artikel 23 aufgehoben.

Art. 14

(Protezione dei contrassegni tradizionali)

1. L'articolo 23 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni è abrogato.

PRÄSIDENT: Es liegt ein Abänderungsantrag vom Abgeordneten Taverna mit der Prot. Nr. 3008/48 vor.

Artikel 14 ist aufgehoben.

L'articolo 14 è soppresso.

Frau Präsidentin, bitte.

COGO: Questo emendamento va accolto.

PRÄSIDENT: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag? Keine, dann stimmen wir ab. Beschlussfähigkeit? Namentliche Abstimmung? Das sind genügend. Abgeordneter Taverna, wir sind bereits in Abstimmung. Ich bitte um den Namensaufruf.

CHIODI: Andreolli (*si*), Andreotti (*no*), Atz (*ja*), Baumgartner (*ja*), Benedetti (*non presente*), Berasi (*non presente*), Berger (*ja*), Bertolini (*non presente*), Boso (*non presente*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*si*), Cigolla (*si*), Cogo (*si*), Cominotti (*non presente*), Conci-Vicini (*non presente*), Cristofolini (*non presente*), Dalmaso (*si*), Delladio (*astenuito*), Dellai (*non presente*), Denicolò (*ja*), Di Puppò (*si*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Feichter (*non presente*), Fontana (*si*), Frick (*non presente*), Giovanazzi (*non presente*), Gneccchi (*si*), Grandi (*non presente*), Grisenti (*si*), Holzmann (*si*), Hosp (*ja*), Kasslatter verh. Mur (*ja*), Klotz (*ja*), Kofler (*ja*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Lamprecht (*ja*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Lo Sciuto (*si*), Magnani (*si*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Molinari (*non presente*), Morandini (*astenuito*), Munter (*non presente*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Perego (*non presente*), Pinter (*non presente*), Plotegher (*non presente*), Pöder (*ja*), Pürgstaller (*ja*), Santini (*astenuito*), Saurer (*ja*), Seppi (*astenuito*), Stocker (*ja*), Taverna (*si*), Thaler Hermann (*ja*), Thaler geb. Zelger (*ja*), Theiner (*ja*), Tretter (*non presente*), Urzì (*si*), Valduga (*non presente*), Willeit (*si*), Zendron (*si*).

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	48
Jastimmen:	43
Neinstimmen:	1
Stimmenthaltungen:	4

Somit ist der Abänderungsantrag genehmigt und der Artikel 14 gestrichen. In Anbetracht der Tatsache, dass nur mehr 2 Minuten bis 18 Uhr fehlen, hebe ich die Sitzung auf und wir sehen uns wider morgen um 10 Uhr.

(ore 17.58)

INDICE

Disegno di legge n. 15:

Modifiche alle leggi regionali 30 novembre 1994, n. 3, 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni e 6 dicembre 1986, n. 11, in materia di elezione diretta del sindaco ed elezione dei consigli comunali ed alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 sull'ordinamento dei comuni (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 15:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3, zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen und zum Regionalgesetz vom 6. Dezember 1986, Nr. 11 betreffend die Direktwahl des Bürgermeisters und die Wahl der Gemeinderäte sowie zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 über die Gemeindeordnung (eingebracht vom Regionalausschuss)

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

TAVERNA Claudio (ALLEANZA NAZIONALE)	pag.	1-23-29-30-41-48
DENICOLO' Herbert Georg (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	4-8-29-37-43
LEITNER Pius (LADINS - FREIHEITLICHEN)	"	4-14-42
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	5-13-20-29-33-39-45-50-53
KLOTZ Eva (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	6-11-21-38-44-55
SEPPI Donato (GRUPPO MISTO)	"	6-10-12-19-22-23-34-42-46-51
WILLEIT Carlo (LADINS - FREIHEITLICHEN)	"	7-14-31-46
PAHL Franz (SÜDTIROLER VOLKSPARTEI - S.V.P.)	"	9
GIOVANAZZI Nerio (IL CENTRO)	"	15
HOLZMANN Giorgio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	16
BOSO Erminio Enzo (LEGA NORD TRENINO PER L'INDIPENDENZA DELLA PADANIA)	"	16
KURY Cristina Anna (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	28-36
CONCI-VICINI Paola (IL CENTRO)	"	32
MORANDINI Pino (IL CENTRO)	"	35-47
URZI' Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	39-51

COGO Margherita

(DEMOCRATICI DI SINISTRA DEL TRENINO PER
L'ULIVO - PROGETTO CENTRO SINISTRA)

" 40-49-55-56

LO SCIUTO Antonino

(FORZA ITALIA LISTA CIVICA CCD)

" 54